

KOMMUNALES NACHHALTIGKEITSBAROMETER NIEDERSACHSEN 2024



KOMMUNALES NACHHALTIGKEITSBAROMETER NIEDERSACHSEN 2024

EINE ERHEBUNG ZUM STAND VON NACHHALTIGKEIT IN
NIEDERSÄCHSISCHEN LANDKREISEN, STÄDTEN UND GEMEINDEN

PIA REDENIUS & HARALD HEINRICHS (12/2024)
LEUPHANA UNIVERSITÄT LÜNEBURG,
INSTITUT FÜR NACHHALTIGKEITSSTEUERUNG (INSUGO)

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG.....	4
HANDLUNGSOPTIONEN.....	6
1. NIEDERSÄCHSISCHE KOMMUNEN IM KONTEXT GLOBALER HERAUSFORDERUNGEN	7
2. METHODIK.....	9
3. BESCHREIBUNG DER STICHPROBE.....	11
4. ERGEBNISSE	13
4.1 BEDEUTUNG VON NACHHALTIGKEIT IN NIEDERSÄCHSISCHEN KOMMUNEN	13
4.2 KLIMASCHUTZ UND -ANPASSUNG	16
4.3 NACHHALTIGKEIT IN VERWALTUNGSaufbau UND -ABLAUF	18
4.4 KOOPERATIONEN UND BETEILIGUNGEN.....	23
4.5 RAHMENBEDINGUNGEN KOMMUNALER NACHHALTIGKEIT.....	25
5. FAZIT UND AUSBLICK.....	30
6. LITERATUR	32
IMPRESSUM.....	37

ZUSAMMENFASSUNG

Das Kommunale Nachhaltigkeitsbarometer Niedersachsen (KNBN), durchgeführt im Frühjahr 2024, ist eine Befragung von Kommunalmitarbeitenden mit dem Ziel, den Stand von Nachhaltigkeit in niedersächsischen Gemeinden, Städten und Landkreisen abzufragen. Das Barometer wurde im Rahmen des Projekts **„Nachhaltigkeitsstrategie Niedersachsen“ an der Leuphana Universität Lüneburg** konzipiert und umgesetzt. Die Durchführung erfolgte in Kooperation mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz und der UmweltAktion Niedersachsen UAN e.V.. Mit knapp 30 % aller niedersächsischen Landkreise, Städte, Einheits- und Samtgemeinden hat das KNBN 2024 eine gute Rücklaufquote erzielt. An der Erhebung haben sich Mitarbeitende aller Verwaltungsbereiche beteiligt, insbesondere aber Personen mit der Hauptverantwortung für Nachhaltigkeit (47 %). Zeitgleich zum Kommunalen Nachhaltigkeitsbarometer Niedersachsen wurde eine Erhebung zum Stand von Nachhaltigkeit und Klimaschutz in niedersächsischen Unternehmen (vgl. www.leuphana.de/schriftenreihe-npg) durchgeführt.

Einige Ansätze des kommunalen Klimaschutzmanagement sind etabliert, Klimaschutz liegt im Fokus. Biodiversität bekommt hingegen bisher nur wenig Aufmerksamkeit.

Die Studie zeigt insgesamt, dass einige Ansätze kommunaler Nachhaltigkeit etabliert sind und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen wichtig geworden ist, es aber dennoch erhebliche Herausforderungen gibt. Es lässt sich festhalten, dass Klimaschutz in Kommunen relevanter eingeschätzt wird als das Gesamtkonzept Nachhaltigkeit. Zehn Jahre nach dem Beschluss der globalen Nachhaltigkeitsziele (Agenda 2030) wird deren Bearbeitung auf kommunaler Ebene als nicht fortgeschritten eingeschätzt. Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und des kommunalen Klimaschutzes nutzen die befragten Kommunen verschiedene Strategien und Instrumente. Hierbei wird deutlich, dass themenspezifische (Nachhaltigkeits-) Strategien, die bereits länger existieren oder für Kommunen verpflichtend sind, wie beispielsweise Strategien zu geschlechtlicher Gleichstellung und zu Umweltmanagement, von den befragten Kommunen am häufigsten genutzt werden. Dagegen stehen Biodiversität und Klimaanpassung bisher wenig im Fokus von kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien. Spezifische Instrumente des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements werden in den Kommunen nur selten verwendet, wobei das Instrument der Ratsvorlagenprüfung (19 %) am weitesten verbreitet ist. Klimaschutzziele sind unzureichend etabliert (43 %). Hervorzuheben ist dabei zudem, dass hinterlegte Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele von den Befragten als unzureichend für die Erreichung des 1,5°C Klimaziels der Vereinten Nationen eingeschätzt werden (68 %).

*Kommunales Personal für Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist in Niedersachsen etabliert und Beteiligungen von Bürger*innen in Nachhaltigkeitsprozessen sind verbreitet.*

Personal für Nachhaltigkeitsmanagement und Klimaschutz ist besonders in Landkreisen und größeren Städten etabliert. Überwiegend verfügen die befragten Kommunen über entsprechendes Fachpersonal oder geben an, zeitnah Mitarbeitende für Nachhaltigkeit und Klimaschutz/ -anpassung einstellen zu wollen (95 %). Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden in den Bereichen Bauen und Stadtentwicklung sowie Umwelt und Mobilität verstärkt berücksichtigt und umgesetzt, im Kulturbereich werden die Themen demgegenüber bislang nicht als relevant angesehen. Zahlreiche der befragten Kommunen sind Mitglieder in Netzwerken, die sich für Themenbereiche einer nachhaltigen Entwicklung einsetzen. Besonders verbreitet ist die Mitgliedschaft im Netzwerk „Klimabündnis“ (40 %). Neben der Kommunalpolitik (89 %) werden insbesondere die Bürger*innen (81 %) an Nachhaltigkeitsvorhaben und -projekten beteiligt. Diese Beteiligung findet verstärkt durch Informationsveranstaltungen (79 %) und Arbeitskreise (72 %) statt. Privatwirtschaftliche

Unternehmen (35 %) und kommunale Unternehmen (47 %) werden dagegen in weniger als der Hälfte der Kommunen in die Nachhaltigkeitsaktivitäten einbezogen, obwohl sie zentrale Transformationsakteure sind. Außerdem wird die Stärkung von nichtkommerziellen Bereichen als Ansatz zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs von vielen Kommunen unterstützt (64 %): Eine regionale und ökologische Gemeinschaftsversorgung steht hierbei jedoch nicht im Fokus (24 %).

Obwohl die niedersächsische Landesregierung insgesamt als ein Treiber kommunaler Nachhaltigkeit wahrgenommen wird, fordern Kommunen verstärkte Unterstützung

Es wurde abgefragt, inwiefern verschiedene Akteure und Entwicklungen eher Treiber oder Hemmnisse der Nachhaltigkeitstransformation in der Kommune sind. Die Landesregierung wird hierbei von einem Großteil der befragten Kommunen als treibend eingeordnet (69 %). Privatwirtschaftliche Unternehmen (27 %) und Kolleg*innen der Befragten (30 %) werden nur selten als treibend angesehen. Auffällig ist, dass die Kommunalpolitik, im Vergleich zu den anderen abgefragten Akteuren, am häufigsten hemmend eingeordnet wird (17 %). Als zusätzlich hemmende Entwicklungen werden vor allem der Fachkräftemangel (77 %) und ein erodierendes Vertrauen in den Staat (65 %) genannt. Bei der Frage nach Anregungen, inwiefern der Ausbau kommunaler Nachhaltigkeit durch Land und Bund unterstützt werden könne, dominieren der Bedarf nach einer Umstrukturierung der finanziellen Mittel (Klimaschutz als Pflichtaufgabe, Fördermittel) sowie der Bedarf an verstärkten personellen Ressourcen. Zudem wird insgesamt ein Abbau von Bürokratie gefordert. Aus den Erhebungsergebnissen lassen sich Handlungsoptionen für Kommunen und die Landesregierung ableiten, die im Folgenden gebündelt dargestellt werden.

HANDLUNGSOPTIONEN

Auf Basis der Erhebung wurden Handlungsoptionen für Landkreise, Städte und Gemeinden sowie die Landesregierung abgeleitet (vgl. Kapitel 5), die im Folgenden zusammengefasst werden.

Handlungsoptionen für die Landesregierung

- Umsetzung vereinfachen: Durch die Bereitstellung von Schulungen, Handreichungen und Arbeitshilfen kann die Umsetzung von Instrumenten (z.B. Nachhaltigkeitschecks) oder der Einsatz von Satzungen (z.B. Ordnungsrecht) vereinfacht werden. Diese Unterstützung wird besonders von kreisangehörigen Städten und Gemeinden benötigt.
- Fachpersonal stärkt Nachhaltigkeit: Die Ausweitung von Personalstellen für Klimaschutz lässt bereits positive Effekte erkennen. Durch den verstärkten Einsatz - auch von interkommunalem Personal - für kommunales Nachhaltigkeitsmanagement könnte die lokale nachhaltige Entwicklung themen- und fachübergreifend gefördert werden. Zudem bedarf es weitere Unterstützung bei Maßnahmen zur Anpassung an den - in Niedersachsen bereits deutlich spürbaren - Klimawandel.
- Maßnahmen gegen Biodiversitätsverlust verstärken: Obwohl der Verlust der Biodiversität eine wissenschaftlich sehr gut belegte Herausforderung ist, wird dieses Handlungsfeld bisher nicht systematisch durch Kommunen bearbeitet. Durch Informations- und konkrete Unterstützungsmaßnahmen können Handlungsansätze kommunal aufgenommen werden.
- Vereinfachung von Förderungen: Es zeigt sich ein Bedarf nach Umstrukturierung der kommunalen Finanzierung und Gestaltung der Fördermittel, um nachhaltige Entwicklung wirksam voranzubringen.

Handlungsoptionen für Landkreise, Städte und Gemeinden

- Verstärkte Kooperation: Die Kooperation zwischen Kommunen sollte verbessert und die Kooperation mit lokalen Akteuren ausgebaut werden (z.B. mit Bildungseinrichtungen und lokalen Unternehmen), um bestehende Nachhaltigkeitsansätze zielgerichtet weiterzuentwickeln und zu implementieren.
- Engagement anerkennen: Wenn sich lokale Wirtschaft oder Zivilgesellschaft in besonderem Maße für nachhaltige Entwicklung einsetzt, kann eine Kommunalverwaltung durch Wettbewerbe, Förderungen und Ehrungen dies anerkennen und sichtbar machen.
- Landkreise als Multiplikator: Landkreise haben ein übergreifendes Verständnis der Region und können dies zur Unterstützung von Nachhaltigkeitsmanagement und Klimaschutz in kreisangehörigen Kommunen nutzbar machen.
- Kompetenzen ausbauen: Durch die Förderung von nachhaltigkeitsorientierten Kompetenzen bei kommunalen Mitarbeitenden kann das Thema Nachhaltigkeit in der gesamten Verwaltung vorangebracht werden. Auch können Netzwerke und Kooperationen hilfreich sein, da diese häufig den Zugang zu (Weiter-) Bildungsangeboten vereinfachen.
- Synergien nutzen: Nachhaltigkeit und Klimaschutz finden vor allem in klassischen Nachhaltigkeitsbereichen (Umwelt, Stadtentwicklung etc.) Berücksichtigung. Eine zunehmende Integration in andere Bereiche, wie z.B. Soziales oder Kultur, würde Nachhaltigkeit langfristig stärken.
- Ressourcenverbrauch entgegenwirken: In Zeiten knapper kommunaler Finanzen und endlicher ökologischer Ressourcen, sollte dem Ressourcenverbrauch auch systematisch auf kommunaler Ebene entgegengewirkt werden.

1. NIEDERSÄCHSISCHE KOMMUNEN IM KONTEXT GLOBALER HERAUSFORDERUNGEN

Bereits seit dem Beschluss von Rio 1992 spielt Nachhaltigkeit im Rahmen der Lokalen Agenda 21 auch auf kommunaler Ebene in Deutschland eine wichtige Rolle. Zahlreiche Kommunen beschlossen die Umsetzung der Agenda 21 gemeinsam mit der Zivilgesellschaft. Im Jahr 2030 sollen die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs) erreicht sein. Grundlage hierfür ist die Agenda 2030, die im Jahr 2015 in New York von 193 Ländern beschlossen wurde (Vereinte Nationen, 2015). Deutschland verpflichtet sich mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu diesen globalen Zielen (Bundesregierung, 2021). Die lokale Ebene ist für die Umsetzung der SDGs unbestreitbar wichtig, da mindestens 105 der 169 SDG-Ziele nicht erreicht werden, wenn sie nicht von Landkreisen, Städten und Gemeinden umgesetzt werden (Raffer et. al., 2022).

Mehr als 30 Jahre nach dem Startschuss für lokale Nachhaltigkeitsaktivitäten und ein Jahrzehnt nach Beschluss der Agenda 2030 blicken wir mit unserer Umfrage auf den Stand kommunaler Nachhaltigkeit im Land Niedersachsen. Dabei spielen in kommunalen Nachhaltigkeitsansätzen die Umsetzung von Maßnahmen und Strategien eine wesentliche Rolle. Sie haben das Ziel, die langfristige ökologische, soziale und wirtschaftliche Stabilität aufrechtzuerhalten. Das Leben in Städten und Gemeinden sollte so gestaltet werden, dass mit wertvollen Ressourcen wie Energie, Wasser und Boden verantwortungsvoll und gerecht umgegangen wird. Zudem sollte eine Kommune durch nachhaltige soziale und wirtschaftliche Aktivitäten ein lebenswerter Ort für alle gegenwärtigen und zukünftigen Bevölkerungsgruppen sein. Kommunen können eine zentrale Rolle bei der Einhaltung der planetaren Grenzen spielen, welche die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde (wie Klimawandel, Artenverlust und Stickstoffbelastung) definieren (Richardson et. al., 2023; Hoornweg et. al., 2016). Kommunen können nachhaltige Lösungen vor Ort erproben und umsetzen und Themen wie erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft oder Förderung biologischer Vielfalt aktiv lokal adressieren (Rautenstrauch et al., 2020). Klimaschutz kann, mit der Historie der deutschen Energiewende und insbesondere nach Fridays for Future sowie dem Pariser Klimagipfel, als „Megathema“ im Nachhaltigkeitsdiskurs verstanden werden (Oelsner, 2022).

Die Grundlage für Nachhaltigkeit im Land Niedersachsen bildet die Landesnachhaltigkeitsstrategie. Sie wurde im Jahr 2017 veröffentlicht und im Jahr 2020 fortgeschrieben. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie wurden zwei Schwerpunkte festgelegt: Dies ist zum einen die Dekarbonisierung der niedersächsischen Wirtschaft, bearbeitet durch die Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit. Zum anderen wird ein Fokus auf die kommunale Ebene gesetzt: Bestandteile der Landesnachhaltigkeitsstrategie sollen auf der kommunalen Ebene operationalisiert werden (Niedersächsische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz; 2018). Hierzu arbeiten die Kommunale Umwelt-AktiON UAN e.V. sowie die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, o.J.). Klimaschutz, als ein wichtiger Teilbereich nachhaltiger Entwicklung, ist seit 2020 als Ziel in der niedersächsischen Verfassung festgeschrieben (Niedersächsische Verfassung, Artikel 6c). Mit dem niedersächsischen Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels (NKlimaG, 2020, mit Novellen 2022 und 2023) strebt die Landesregierung Treibhausgasneutralität für Niedersachsen bis 2040 sowie für die Landesverwaltung bis 2035 an. Dazu gehört die Erarbeitung einer Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die alle fünf Jahre fortgeschrieben wird (Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, 2021).

Landkreise, Städte und Gemeinden sind dem Land Niedersachsen zugeordnet, ihr Handeln ist somit wesentlich von den Entscheidungen auf Landesebene abhängig. So auch beim niedersächsischen

Klimagesetz: Durch dieses Gesetz sind Energieberichte (§ 17 NKlimaG) verpflichtend und Klimaschutzkonzepte (§ 18 NKlimaG) müssen von allen Landkreisen und kreisfreien Städten bis Ende 2025 erstellt werden. Fördermittelberatung (§ 18 NKlimaG) und Klimaschutzmanagement (§ 19 NKlimaG) müssen verpflichtend bis 2026 eingeführt werden. Für die Aufgabenbereiche Klimaschutzkonzept, Fördermittelberatung und Klimaschutzmanagement werden Landkreise ab 2024 finanziell mit Personalmitteln unterstützt. Ebenso sind ein Entsiegelungskataster (§ 19 NKlimaG) und die kommunale Wärmeplanung (§ 20 NKlimaG) Teil dieser Gesetzgebungen.

Obwohl kommunale Nachhaltigkeit seit vielen Jahrzehnten immer wieder diskutiert wird und gerade die Themen Klimaschutz und -anpassung in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt haben, ist unklar, wie es um die Umsetzung eines ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatzes in niedersächsischen Kommunen steht. Erhebungen, die den Status Quo ermitteln, wurden bislang nicht durchgeführt. Das Forschungsprojekt **„Nachhaltigkeitsstrategie Niedersachsen“ an der Leuphana Universität Lüneburg** – in Kooperation mit dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU) und der Kommunalen Umwelt-Aktion (UAN) – setzt daran an und führt eine Erhebung zum Stand von Nachhaltigkeit in niedersächsischen Gemeinden, Städten und Landkreisen durch. Das Kommunale Nachhaltigkeitsbarometer Niedersachsen (KNBN) ermöglicht einen Einblick in die Umsetzung von Nachhaltigkeit in niedersächsischen Kommunalverwaltungen. Es betrachtet die Bedeutung von Nachhaltigkeit in der Organisation von Kommunen, sowie bei Kooperationen und Maßnahmen. Weiterhin werden treibende und hemmende Faktoren für eine Stärkung des Nachhaltigkeitsansatzes betrachtet. Der vorliegende Bericht fasst die wesentlichen Ergebnisse des Barometers für eine interessierte Öffentlichkeit und kommunale Akteure zusammen. Im Rahmen des Projekts wurde zudem ein Betriebliches Nachhaltigkeitsbarometer Niedersachsen (BNBN) erstellt (Hartmann et. al. 2024), um ein breiteres Bild zum Stand der Umsetzung von Nachhaltigkeit im Land Niedersachsen zu erhalten. Beide Berichte sowie weitere Projektergebnisse finden Sie unter leuphana.de/schriftenreihe-npg.

2. METHODIK

Das Kommunale Nachhaltigkeitsbarometer Niedersachsen (KNBN) gibt einen Einblick in den Stand von Nachhaltigkeit und Klimaschutz in niedersächsischen Kommunen. Die empirische Erhebung wurde als quantitative, standardisierte Online-Erhebung durchgeführt. Die Befragung richtet sich an Mitarbeitende, die die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz in ihren Kommunen verantworten. Die Zielgruppe des KNBN umfasst kreisangehörige Kommunen (Samtgemeinden, Einheitsgemeinden, Städte), kreisfreie Städte und die 36 niedersächsischen Landkreise sowie die Region Hannover (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, 2022; Land Niedersachsen, 2024). Nicht adressiert werden Mitgliedsgemeinden von Samtgemeinden, die eine eher kleine Verwaltungsgröße haben.

Das KNBN betrachtet ein breites Nachhaltigkeitsverständnis mit einem ergänzenden Abschnitt zu Klimaschutz und -anpassung. Die Leitfragen für das Barometer sind: (1) Was ist der Stand von Nachhaltigkeit in niedersächsischen Kommunen? (2) Welche Rolle spielen Kommunen in gesellschaftlichen Transformationsprozessen? (3) Welche Rolle spielen Klimaschutz und -anpassung als Teil von Nachhaltigkeit in den Kommunen? Die Konzeption des Barometers begann Ende 2023 und ist in die Arbeitspakete Konzeption, Feldphase und Auswertung unterteilt (vgl. Abbildung 1).

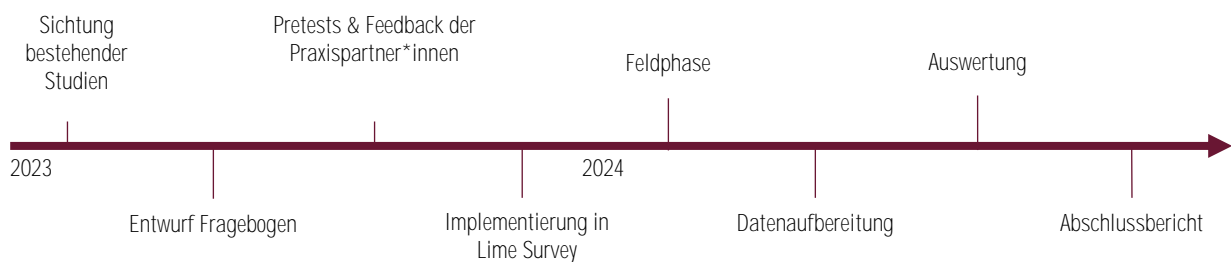


Abbildung 1: Phasen der Erstellung des Kommunalen Nachhaltigkeitsbarometers Niedersachsen.

In der ersten Phase (Konzeption) wurden vor dem Hintergrund konzeptioneller Literatur zu kommunaler Nachhaltigkeit bestehende Nachhaltigkeitserhebungen, die auf Städte, Gemeinden und Landkreise zielen, recherchiert, gesichtet und kategorisiert. Dabei wurden sowohl wissenschaftliche als auch praxisnahe Umfragen berücksichtigt. Bereits etablierte einschlägige Fragebatterien wurden aufgegriffen. Aktuelle Erhebungen sind die Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 der Bertelsmann Stiftung (Peters et al., 2023) und die UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen“ (Sieck, 2024). Die UBA-Kommunalbefragung weist Ergebnisse teilweise auf Landesebene aus, darüber hinaus existieren keine spezifischen Daten zum Stand von Nachhaltigkeit in niedersächsischen Kommunen. Für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht die LAG 21 e.V. seit 2018 alle zwei Jahre ein vergleichbares Barometer (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V., 2022). Andere Bundesländer führen solche Erhebungen bisher nicht durch. Weitere relevante Publikationen wurden in der Konzeption berücksichtigt (Bongers-Römers et. 2023; Heinrichs und Schuster, 2016; Roose, 2018; Hagelstange et. al., 2021; Beck et. al., 2012). Zudem wurden bestehende Fragestellungen weiterentwickelt und einzelne Bestandteile neu aufgesetzt. Eine Überprüfung des Fragebogens (Pretests) wurde mit kommunalen Verwaltungsmitarbeitenden sowie der Kooperationspartnerin UAN durchgeführt. Mit den Rückmeldungen aus den Pretests wurde die Fragebatterie entsprechend angepasst. Der Fragebogen wurde in dem Tool Lime Survey umgesetzt.

Die Versendung der Erhebung erfolgte, zusammen mit einem Anschreiben des niedersächsischen Umweltministers Christian Meyer, über die E-Mailverteiler der niedersächsischen kommunalen Spitzenverbände (Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund, Niedersächsischer Städtetag, Niedersächsischer Landkreistag). Zwei Wochen nach dem Versand wurde eine ergänzende E-Mail zur Erinnerung an den Aufruf zur Teilnahme verschickt. Insgesamt haben 275 Personen an der Erhebung teilgenommen, in 167 Fällen wurde die Erhebung aber frühzeitig abgebrochen. Nach dem Export der Daten aus LimeSurvey wurden die Daten im Statistikprogramm R aufbereitet. Die statistischen Auswertungen wurde nach Standards der empirischen Sozialforschung durchgeführt (Baur & Blasius, 2014). Dies beinhaltete die Entfernung von Datensätzen mit auffälligem Antwortverhalten, früh abgebrochene Fälle, Duplikate, sowie Fälle außerhalb der Zielgruppe. Die bereinigten Daten beinhalten 116 Datensätze. Die Grafiken wurden in Microsoft Excel erstellt.

Abschließend noch einige Erläuterungen zur Darstellung der Ergebnisse in diesem Bericht: Wenn von Kommunen gesprochen wird, meint dies zusammengefasst Landkreise, Städte und Gemeinden. Grundsätzlich werden die Ergebnisse in Prozent dargestellt. In den Abbildungen wurden in der Regel die **Angaben „Trifft nicht zu“ und „Keine Angabe“ rausgerechnet**. Die daraus resultierenden gültigen Fälle (n) sind in den Abbildungen oder Beschreibungen angegeben. In vertieften Auswertungen wurden Unterschiede zwischen Landkreisen, Städten und Gemeinden mit 5.000 – 15.000 Einwohnenden und Städten mit mehr als 15.000 berechnet sowie die Finanzsituation berücksichtigt. In der Regel wird dies in den Grafiken nicht differenziert abgebildet, sondern bei relevanten Ergebnissen im Fließtext erläutert.

3. BESCHREIBUNG DER STICHPROBE

In diesem Kapitel wird die Stichprobe des Barometers kurz dargestellt. Die gesamte Stichprobe beinhaltet 116 Fälle. Darunter sind 19 Landkreise, sechs kreisfreie Städte sowie 91 kreisangehörige Kommunen (Städte, Einheits- und Samtgemeinden). So wurden gut 26 % aller niedersächsischen Kommunen innerhalb der Zielgruppe in die Erhebung miteinbezogen (vgl. Abbildung 2). Die Verteilung nach Anzahl der Einwohnenden sieht hierbei wie folgt aus (Abbildung 3): 39 % aller befragten Kommunen haben eine Einwohnendenzahl von 5.000 – 15.000 Personen, sind also als kleine Kommunen einzuordnen. Kommunen mittlerer Größe, mit 15.000 – 50.000 Einwohnenden, haben sich zu 38 % beteiligt. Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnenden, dies beinhaltet Landkreise und kreisfreie Städte, sind mit 22 % vertreten.

Kommumentyp	Bestand	Erreicht	In %
Landkreise	37	19	51,4
Kreisangehörige Kommunen	339	91	26,8
Kreisfreie Städte	8	6	75,0
<u>Gesamt</u>	<u>440</u>	<u>116</u>	<u>27,7</u>

Abbildung 2: Erreichte niedersächsische Kommunen.

Die kommunale Finanzsituation spielt bei allen Debatten rund um Nachhaltigkeit und Klimaschutz eine wesentliche Rolle und wird in diesem Barometer wiederholt aufgegriffen. Wie Abbildung 4 zeigt, schätzen fast die Hälfte (48 %) der befragten Kommunen ihre Finanzsituation als eher und sehr schlecht ein. Nur ein Drittel (31 %) geben ihre Finanzen als eher und sehr gut an. Dies deckt sich mit dem niedersächsischen Finanzstatusbericht 2024 (Niedersächsisches Finanzministerium, 2024): Das Finanzierungssaldo, also die Angabe darüber, ob die Kommunen in einem bestimmten Jahr ihre Ausgaben durch ihre Einnahmen decken können, betrug 2023 minus 1.377 Millionen Euro, was eine deutliche Verschlechterung seit 2022 bedeutet. Dies zeigt die Abhängigkeit der kommunalen Finanzen von den meist temporär ausgestalteten Entlastungsmaßnahmen und die Sensibilität der kommunalen

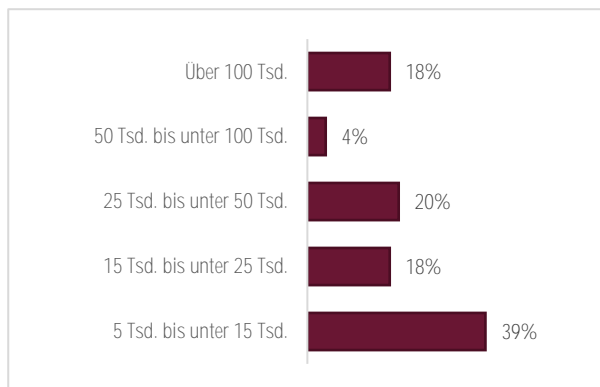


Abbildung 3: Einwohner*innen (n=104). Frage: Wie viele Einwohner*innen hat Ihre Kommune?

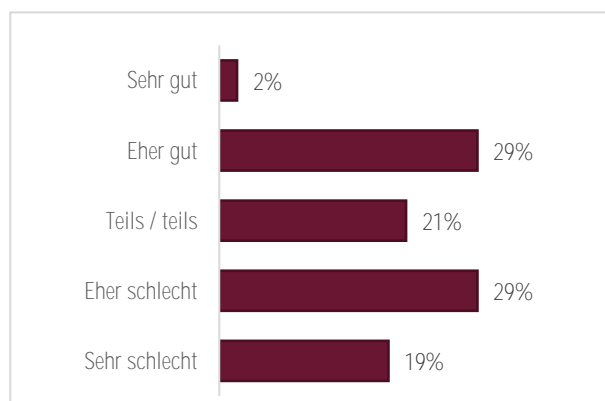


Abbildung 4: Finanzsituation (n=104). Frage: Wie beurteilen Sie die Gesamtfinzsituation Ihrer Kommune, einschließlich aller Zuweisungen und Zuschüsse von Bund und Ländern?

Finanzen gegenüber inflationsbedingten Tarifierhöhungen für Personal (ebd.). Auch die Bertelsmann Stiftung (Freier et. al., 2023) schätzt die finanzielle Grundlage für eine Nachhaltigkeitstransformation in niedersächsischen Kommunen als unzureichend ein. Insgesamt liegt Niedersachsen auf dem viertletzten Platz aller Flächenländer und das obwohl bis zum Jahr 2020 die Entwicklung des Finanzierungssaldos positiv war. Darüber hinaus befindet sich das Niveau der Steuereinnahmen und Investitionen niedersächsischer Kommunen insgesamt etwas unter dem bundesweiten Durchschnitt (ebd.).

Die Personen, die die Erhebung in Vertretung für die Kommunen ausgefüllt haben, ordnen sich zu 43 % als „weiblich“, zu 56 % als „männlich“ und eine Person als „divers“ ein. Ein wesentlicher Anteil (47 %) aller Personen, die die Erhebung ausgefüllt haben, ist über 50 Jahre alt (Abbildung 5). Die befragten Personen verteilen sich gleichmäßig über Fach- und Entscheidungsebene der Verwaltungen (Abbildung 6): Die größten Gruppen der Befragten arbeiten in einer Leitungsposition (23 %), als Verwaltungsleitung (21 %) oder als Fachbereichsmitarbeiter*in (22 %). Die wenigsten der Befragten nehmen eine Position als Dezernatsleitung ein (5 %). Fast die Hälfte der Befragten gibt an, dass sie die Hauptverantwortung für Klimaschutz tragen (47 %), etwas mehr als ein Zehntel der Befragten sieht sich in einer Hauptverantwortung für Nachhaltigkeit (13 %). 17 % der Befragten sind Teil eines Nachhaltigkeitsteams, weitere 12 % haben eine andere Position mit Nachhaltigkeitsbezug. Die verbliebenen 11 % der Befragten geben an, gute Einblicke in Nachhaltigkeitsthemen zu haben (Abbildung 7). Damit ist das Ziel der Erhebung erfüllt, Personen zu erreichen, die einen guten Überblick über einschlägige Themen in der Verwaltung haben.

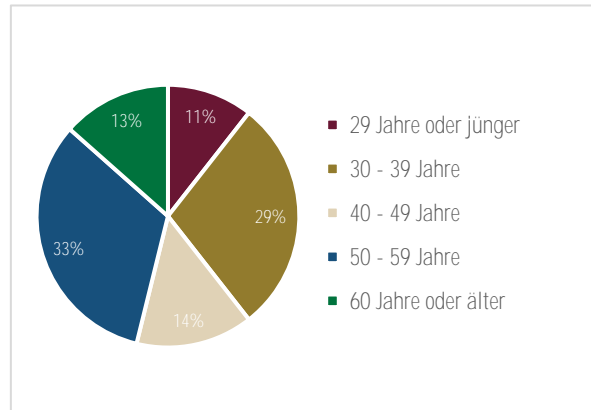


Abbildung 5: Alter (n=104). Frage: Welcher Altersgruppe gehören Sie an?

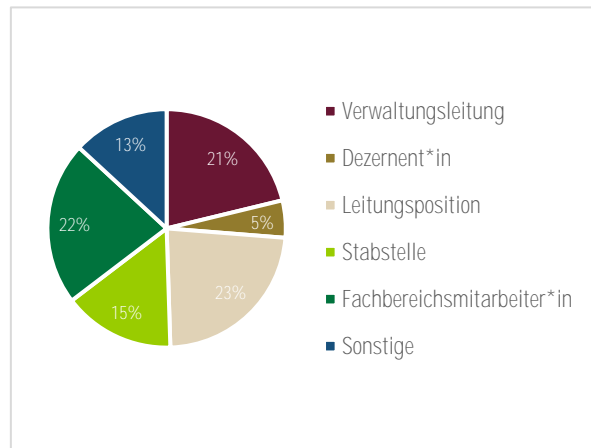


Abbildung 6: Position (n=104). Frage: Welche Position nehmen Sie in der Kommunalverwaltung ein?

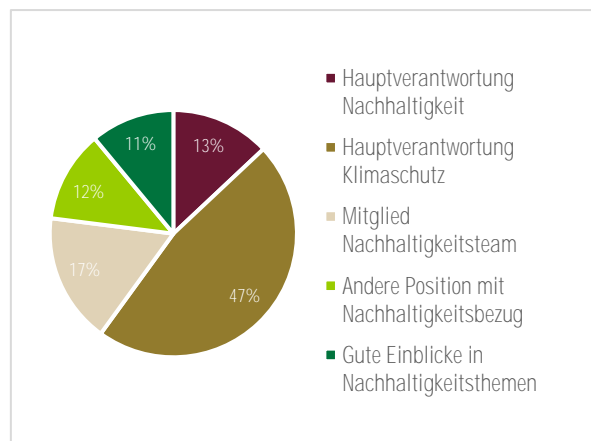


Abbildung 7: Nachhaltigkeitsbezug (n=104). Frage: Inwiefern beschäftigen Sie sich in Ihrer alltäglichen Arbeit mit Nachhaltigkeit und/oder Klimaschutz?

4. ERGEBNISSE

In diesem Kapitel werden zentrale Ergebnisse des Barometers vorgestellt, interpretiert und diskutiert. Nach einer Betrachtung der grundsätzlichen Relevanz von Nachhaltigkeit (Kapitel 4.1) folgt ein Schwerpunkt auf Klimaschutz und -anpassung (Kapitel 4.2). Anschließend werden die Instrumente des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements und die organisatorische Einbettung betrachtet (Kapitel 4.3). Schließlich werden Kooperationen von internen und externen Akteuren und Beteiligungsformate (Kapitel 4.4) sowie Rahmenbedingungen kommunaler Nachhaltigkeit (Kapitel 4.5) thematisiert.

4.1 BEDEUTUNG VON NACHHALTIGKEIT IN NIEDERSÄCHSISCHEN KOMMUNEN

Die Kommunen wurden dazu befragt, für wie relevant sie die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz in ihrer Kommune halten (Abbildung 8). Die Auswertung zur Relevanz von Nachhaltigkeit und Klimaschutz wurde zusätzlich nach Kommunaltypen klassifiziert: Zur Relevanz von Nachhaltigkeit geben 39 % der Landkreise an, dass Nachhaltigkeit wichtig sei, wogegen von dem überwiegenden Anteil (56 %) **die Antwortoption „teils/teils“ gewählt** wurde. Dies deutet darauf hin, dass nur manche Aspekte von Nachhaltigkeit als relevant angesehen werden. Klimaschutz wird demgegenüber von allen Landkreisen als wichtig eingeschätzt; dies lässt sich durch die Unterstützung des Landes Niedersachsen erklären (vgl. Kapitel 1). Die befragten Städte und Gemeinden dagegen schätzen die Relevanz von Nachhaltigkeit mehrheitlich als wichtig ein (Städte und Gemeinden: 63 %; Städte: 58 %). Alle befragten Kommunaltypen geben nur zu einem kleinen Teil (4 %-9 %) an, dass Nachhaltigkeit keine Relevanz habe. Es wird also in Landkreisen eher das Thema Klimaschutz als besonders wichtig eingeschätzt und in Städten und Gemeinden eher das Thema Nachhaltigkeit. Insgesamt, über alle Kommunaltypen hinweg, wird Klimaschutz als relevanter als Nachhaltigkeit eingestuft. Dies ist aus unserer Perspektive aufgrund politischer Fokussierung, z.B. durch das Klimaschutzgesetz, nachvollziehbar. Zudem deckt sich dies mit Erhebungen wie dem Oberbürgermeister*innen-Barometer, das seit 2015 durchgeführt wird, und Klimaschutz in den vergangenen Jahren fortwährend als eine der wichtigsten Aufgaben identifiziert hat (Deutsches Institut für Urbanistik, 2024).

Die Sustainable Development Goals (SDGs) beinhalten ein Ziel, welches explizit Städte und Siedlungen adressiert. Das Ziel 11 soll "Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten" (Vereinte Nationen, 2015). Viele Kommunen nutzen mittlerweile allerdings auch mehrere SDGs zur Messung kommunaler Nachhaltigkeitsfortschritte, wenn sie sich mit dem Stand nachhaltiger Entwicklung vor Ort beschäftigen (Raffer et. al., 2022). **Dies wurde insbesondere durch das Projekt „SDG-Indikatoren für Kommunen“** (Bertelsmann Stiftung, 2022) und die Plattform „SDG-Portal“ (vgl. sdg-portal.de) gestärkt. Auch Rautenstrauch und Riedel (2020) haben erarbeitet was SDGs konkret für die kommunale Ebene bedeuten können. Sie kamen zu dem Schluss, dass sich aus den SDG-Indikatoren für Kommunen konkrete Handlungsfelder ableiten lassen. Im KNBN wurde der wahrgenommene Fortschritt in den einzelnen Themenfeldern der SDGs abgefragt (Abbildung 9).

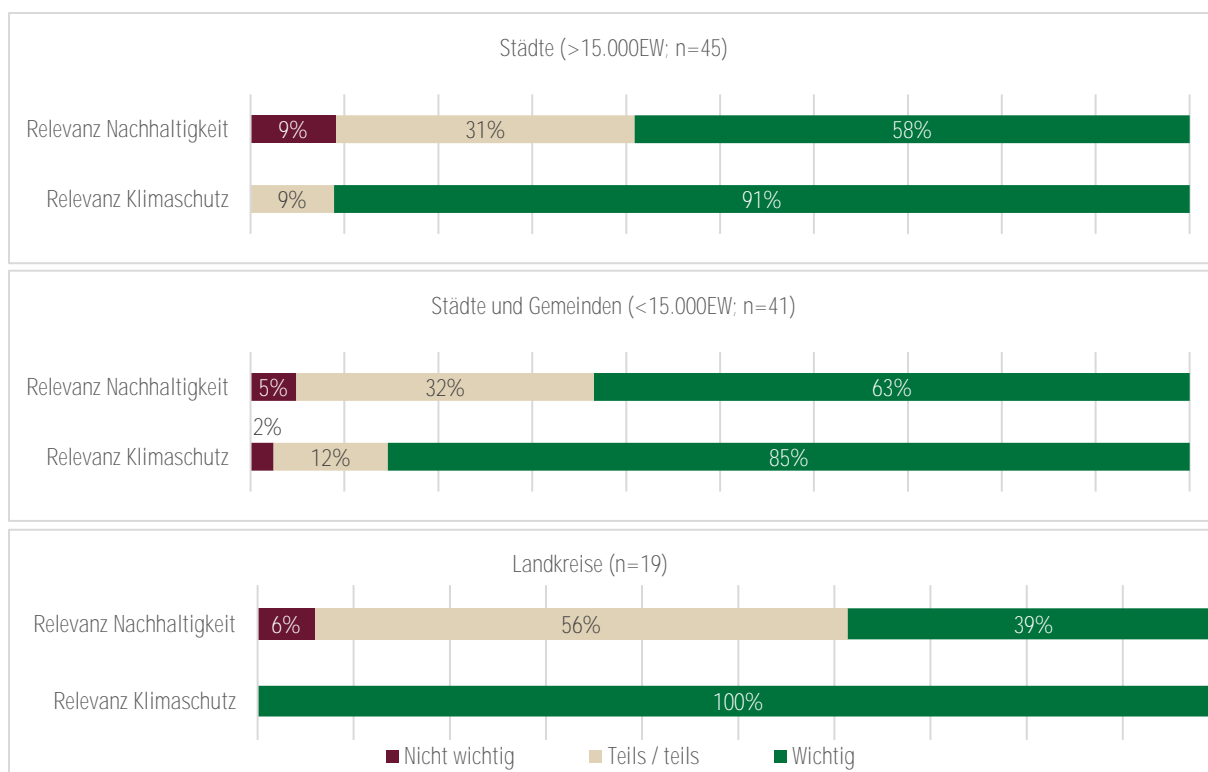


Abbildung 8: Relevanz Klimaschutz/Nachhaltigkeit. Frage: Bitte geben Sie uns einen Einblick, welche Relevanz die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Ihrer Kommune haben.

In der Erhebung geben 86 % der befragten Kommunen an, im Themenbereich „**Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen**“ (SDG 6) besonders fortgeschritten zu sein. Gefolgt wird dies von SDG 4 „**Hochwertige Bildung**“ (73 %) sowie SDG 13 „**Maßnahmen zum Klimaschutz**“. Weniger fortgeschritten sind SDG 12 „**Nachhaltiger Konsum und Produktion**“ (20 %) sowie SDG 14 „**Leben unter Wasser**“ (14 %). SDG 14 ordnet ein Drittel (33 %) aller Befragten als nichtzutreffend ein, was durch die Fokussierung des Indikators auf Biodiversität im Wasser und den resultierenden kleineren Handlungsspielraum der Kommunen dafür zu begründen ist. Biodiversität scheint nach dieser Kategorisierung insgesamt ein weniger fortgeschrittenes Handlungsfeld zu sein (SDG 14 und 15).

Beim Vergleich unterschiedlicher Kommunaltypen fällt die divergierende Aufgabenverteilung zwischen Landkreisen sowie Städten und Gemeinden auf: Da Landkreise seltener Träger für Schulen sind als Städte und Gemeinden, ordnen diese sich als weniger fortgeschritten bei SDG 4 „**Hochwertiger Bildung**“ ein (Landkreise: 44 %; Städte und Gemeinden: 66 %).

Die SDGs umfassen die Bereiche Menschen (people), Planet (planet), Wohlstand (prosperity), Frieden (peace) und Partnerschaft (partnership) und setzen sich aus den folgenden Zielen zusammen:

- SDG 1: Keine Armut
- SDG 2: Kein Hunger
- SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen
- SDG 4: Hochwertige Bildung
- SDG 5: Geschlechtergleichheit
- SDG 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen
- SDG 7: Bezahlbare und saubere Energie
- SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
- SDG 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur
- SDG 10: Weniger Ungleichheiten
- SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden
- SDG 12: Nachhaltiger Konsum und Produktion
- SDG 13: Maßnahmen zum Klimaschutz
- SDG 14: Leben unter Wasser
- SDG 15: Leben an Land
- SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

Ähnliches zeigt sich u.a. bei SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“, **dort sehen sich** Landkreise als wesentlich fortgeschrittener (67 %) als Städte und Gemeinden (44 %). Insgesamt ist das Antwortverhalten ähnlich zu den Ergebnissen der SDG-Halbzeitbilanz für Kommunen auf gesamtdeutscher Ebene (Peters et. al., 2023). Im Vergleich sticht allerdings hervor, dass die befragten Kommunen in der SDG-Halbzeitbilanz **SDG 13 „Klimaschutz“ im Verhältnis zu den anderen SDGs fortgeschrittener einordnen als die niedersächsischen Kommunen im KNBN**. Gleiches gilt für das für Kommunen besonders relevante SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“. SDG 1 „Keine Armut“, SDG 2 „Kein Hunger“, SDG 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“ und SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“ werden dagegen im KNBN deutlich besser bewertet (ebd.).

Nur wenige Nachhaltigkeitsziele werden von einer klaren Mehrheit der Kommunen im KNBN als fortgeschritten eingeordnet. Dies entspricht einem aktuellen SDG-Zwischenbericht mit dem Ergebnis, dass weltweit bei 80 % der Ziele mit verfügbarer Datengrundlage eine unzureichende, gar keine, oder sogar eine negative Entwicklung zu beobachten ist (DESA, 2023). Obwohl bereits einige Kommunen aktiv mit den SDGs arbeiten, stellen Haubner et. al. (2018) heraus, dass nur ein Viertel der Entscheidungsträger*innen in den meisten deutschen Kommunalverwaltungen die SDGs als wichtig für ihre Verwaltung ansehen. Im folgenden Abschnitt wird auf das SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ genauer eingegangen. Kapitel 4.3. thematisiert zudem Instrumente, die die SDGs im Verwaltungsaufbau verankern (z.B. Indikatoren).

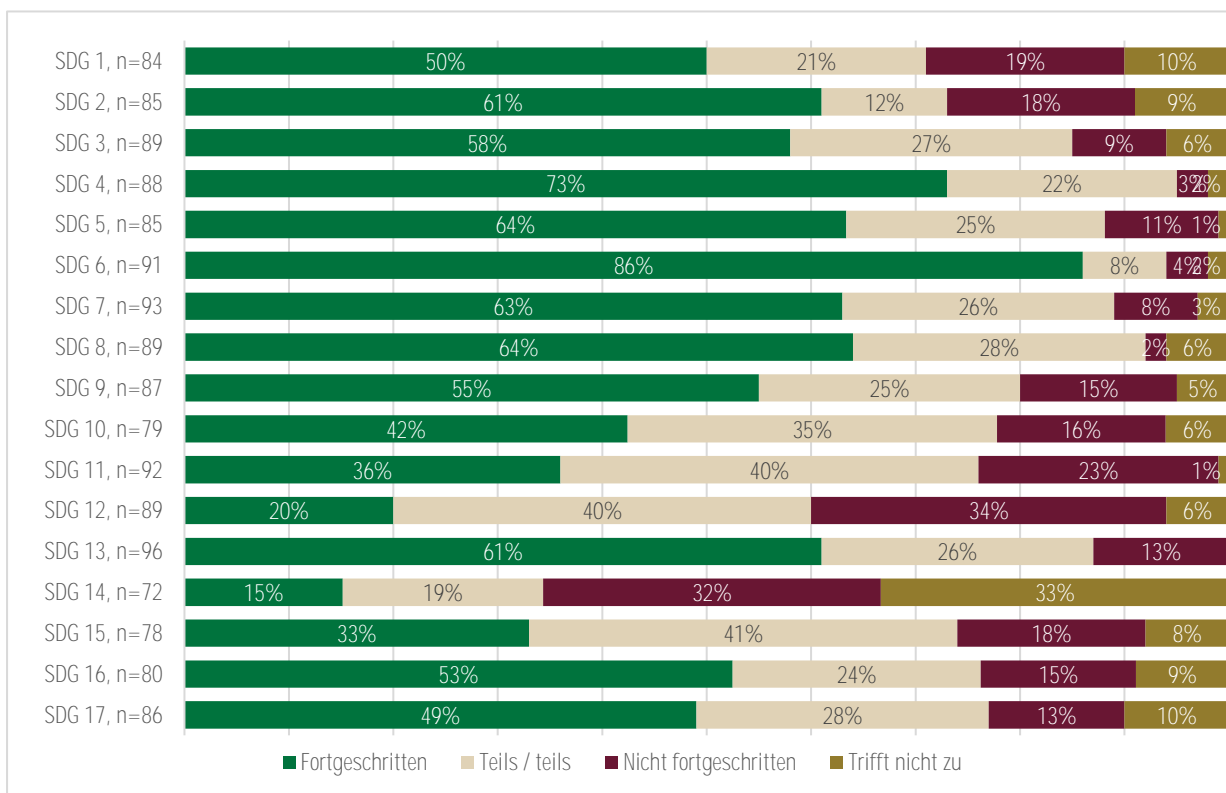


Abbildung 9: Globale Nachhaltigkeitsziele. Frage: Wie fortgeschritten ist Ihre Kommune in der Umsetzung der folgenden Nachhaltigkeitsziele (SDGs)?

4.2 KLIMASCHUTZ UND -ANPASSUNG

Im KNBN ist Klimaschutz und -anpassung eines der Schwerpunktthemen. Nachdem in den bisherigen Ausführungen bereits deutlich wurde, dass Klimaschutz ein relevantes Thema in den befragten Kommunen ist, werden nun weitere Erkenntnisse aus dem Barometer mit Bezug auf Klimaschutz erläutert. Abbildung 10 zeigt, dass knapp die Hälfte (43 %) der befragten Kommunen ein Klimaschutzziel hat und bei jeder fünften Kommune (20 %) eines in Planung ist. Bei 37 % der Kommunen besteht dagegen kein Klimaschutzziel. Besonders verbreitet sind Klimaschutzziele in Landkreisen (67 %) und Städten mit über 15.000 Einwohnende (53 %).

Bei 17 % der Kommunen (Abbildung 11), die bereits ein Neutralitätsziel haben, soll dieses bis 2035 erreicht werden. Zu weiteren Teilen wird die Erreichung 2040 (22 %), 2045 (24 %) und 2050 (28 %) angestrebt. Nur 9 % der Kommunen sehen eine Umsetzung später als 2050 vor. Dies deckt sich mit einer Erhebung des Umweltbundesamtes nach der Dreiviertel aller Kommunen mit Neutralitätsziel dieses Ziel in den Jahren 2035–2045 gesteckt haben (Sieck, 2024: 132). Dies weist auf eine zu geringe strategische Ausrichtung des Klimaschutzes sowie ein zu geringes Ambitionsniveau in den befragten Kommunen hin.

Ergänzend wurden die Kommunen gefragt, ob sie die damit einhergehenden durchgeführten bzw. geplanten Maßnahmen für ausreichend halten (Abbildung 12). Hervorzuheben dabei ist, dass die getroffenen Klimaschutzmaßnahmen von den befragten Kommunalmitarbeitenden überwiegend (68 %) als „eher nicht ausreichend“ (42 %) oder „gar nicht ausreichend“ (26 %) eingeschätzt werden. Nur 14 % der Befragten erachten diese als „eher“ oder „voll und ganz“ ausreichend. Bis 2040 will das Land Niedersachsen die Klimaneutralität erreicht haben. Dies erfordert ambitionierte Maßnahmen, die auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass kommunale Aktivitäten zur Reduktion der Treibhausgasneutralität gestärkt werden müssten, um die Ziele der Kommune und des Landes zu erreichen. Dies deckt sich mit wissenschaftlicher Forschung, die darauf hinweist, dass die geplanten und ergriffenen Maßnahmen bisher nicht ausreichen, um den Klimawandel einzudämmen. Demnach ist laut einer Studie des

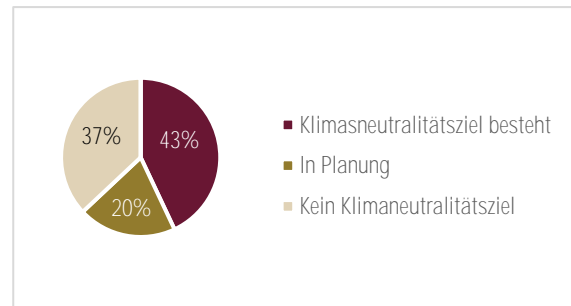


Abbildung 10: Klimaneutralitätsziel (n=106). Frage: Hat ihr Rat/Kreistag ein Klimaneutralitätsziel beschlossen?

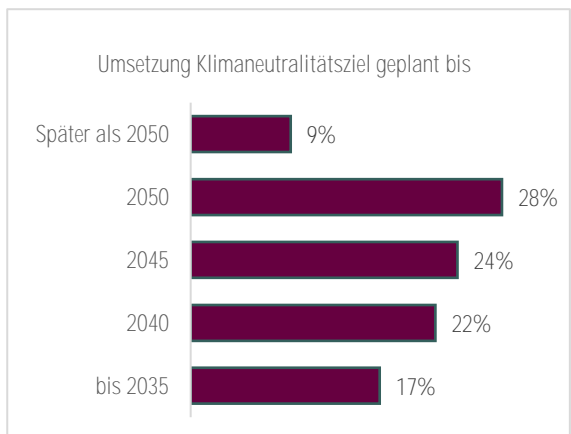


Abbildung 11: Umsetzung Klimaneutralitätsziel (n=46). Frage: Bis wann planen Sie dieses Ziel umzusetzen?

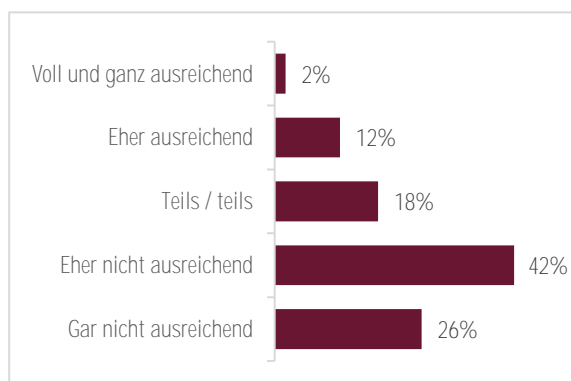


Abbildung 12: Einschätzung Klimaschutzmaßnahmen (n=104). Frage: Finden Sie die bisher durchgeführten sowie fest geplanten Maßnahmen Ihrer Kommune ausreichend, um das 1,5°C Klimaziel der Vereinten Nationen zu erreichen?

Umweltprogramms der Vereinten Nationen bis zum Ende des Jahrhunderts mit einem Temperaturanstieg von bis zu 2,9°C zu rechnen (UNEP, 2023).

Zur weiteren Betrachtung der Etablierung von Klimaschutz durch kommunale Verwaltungen wurde untersucht, inwiefern Klimaschutz bei ordnungsrechtlichen Satzungen berücksichtigt wird und spezifische Instrumente genutzt werden. In diesem Kontext sind unterschiedliche Instrumente und Satzungen denkbar (Deutsches Institut für Urbanistik, 2023; Sieck, 2024). Eine Auswahl von diesen wurde abgefragt (Abbildung 13). Im Jahr 2024 waren zum Beispiel Wärmenetze im Rahmen der verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung im öffentlichen Fokus (Niedersächsisches Klimagesetz, § 20 NKlimaG). Allerdings werden diese ordnungsrechtlichen Ansätze in den befragten Kommunen bisher wenig berücksichtigt. Es ist zu vermuten, dass die Nutzung in Zukunft zunehmen wird, da die kommunale Wärmeplanung durch das Niedersächsische Klimagesetz (2023) regulatorisch verankert wurde. Auch werden weitere Satzungen im Kontext des kommunalen Klimaschutzes mehrheitlich nicht berücksichtigt. Hierzu zählen Sanierungssatzungen (22 %) sowie Gestaltungssatzungen (33 %), die verbindliche Vorgaben zur äußeren Gestaltung von Gebäuden festlegen. Weiterhin werden Baumschutzsatzungen (29 %) und Stellplatzsatzungen (24 %) nur geringfügig angewendet. Weiter verbreitet ist die Berücksichtigung von Klimaschutz hingegen bei der Erstellung einer kommunalen Treibhausgasbilanzierung (39 %), bei lokaler Verkehrsplanung (41 %) und bei städtebaulichen Verträgen (49 %). Am häufigsten wird Klimaschutz beim Energiemonitoring (52 %), also bei der Überwachung des Energieverbrauchs beim Betrieb kommunaler Gebäude, und bei der Flächennutzungs- und Bauleitplanung (61 %) berücksichtigt.

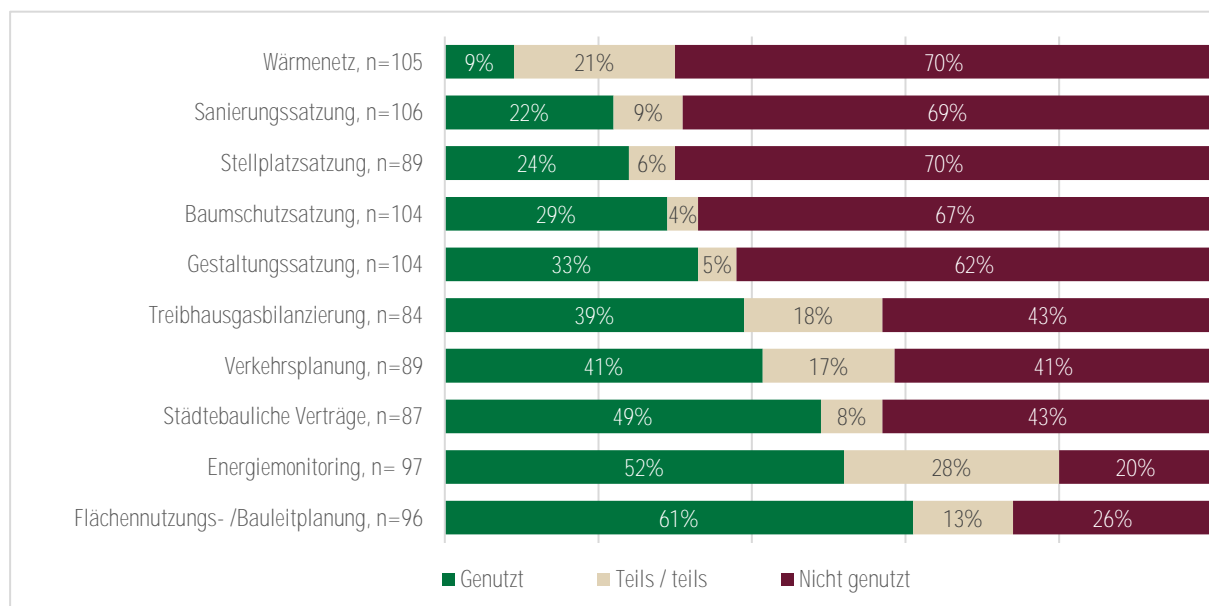


Abbildung 13: Umsetzung Klimaschutz durch Ordnungsrecht. Frage: Nutzen Sie die folgenden Instrumente und ordnungsrechtliche Satzungen, um kommunalen Klimaschutz zu stärken?

Bei der Anwendung der ordnungsrechtlichen Satzungen wurden Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Kommunaltypen ausgewertet. Einige markante Auffälligkeiten werden im Folgenden ausgeführt: Treibhausgasbilanzen werden deutlich stärker in Landkreisen (72 %) als in Städten (44 %) sowie in Städten und Gemeinden (15 %) angewendet. Da Städte und Gemeinden über die Planungshoheit, also die eigenständige planerische Gestaltung innerhalb des Gebiets, verfügen, wenden vor allem diese die Satzungen im Kontext der städtebaulichen Entwicklung an. Hierzu gehören städtebauliche Verträge (Städte und Gemeinden 51 %, Städte: 54 % und im Vergleich Landkreise: 22 %), Gestaltungssatzungen (Städte und Gemeinden: 23 %; Städte: 50 % und im Vergleich Landkreise: 10 % sowie 90 % „nicht zutreffend“) und

Sanierungssatzungen (Städte und Gemeinden: 23 %; Städte 50 %; Landkreise: 0 %). Viele Kommunen arbeiten mit dem Ordnungsrecht, dennoch werden nur wenige der Ansätze flächendeckend genutzt, um gezielt Klimaschutz zu stärken. Der Einsatz dieser Instrumente sollte daher ausgebaut werden, um Klimaschutz in kommunalen Vorhaben systematisch zu verankern. Dies gilt verstärkt in kleineren Städten und Gemeinden, die diese Instrumente im Vergleich zu Landkreisen und Städten weniger anwenden.

4.3 NACHHALTIGKEIT IN VERWALTUNGSaufbau UND -ablauf

Neben der Fokussierung auf den Teilbereich Klimaschutz sind weitere Strategien und Instrumente eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements essenziell, um Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene zu etablieren. Wenn Synergien unterschiedlicher (Nachhaltigkeits-) Aktivitäten bestmöglich genutzt werden, lässt sich die Wirksamkeit steigern (Kuhn et al., 2018; Plawitzki et al., 2015). Ein Beispiel dafür ist die Verbindung von Nachhaltigkeitsstrategien mit dem Instrument der Nachhaltigkeitsindikatoren. In diesem Kapitel wird auf verschiedene Strategien (Abbildung 14) und die Nutzung unterschiedlicher Instrumente (Abbildung 15) eingegangen. Überdies beleuchtet dieses Kapitel die Organisation von kommunaler Nachhaltigkeit im Verwaltungsaufbau (Abbildung 16 ff.).

Strategien:

Nachhaltigkeitsstrategien können sich umfassend auf Nachhaltigkeit beziehen, aber auch Teilbereiche wie Klimaanpassung oder Energie in den Fokus rücken (Abbildung 14). Diese Teilstrategien, sowie einschlägige Beschlüsse, werden nun genauer betrachtet. Mehr als die Hälfte der befragten Kommunen nutzen regionale / lokale Entwicklungskonzepte (60 %), Energie-/ Klimaschutzkonzepte (60 %) und Gleichstellungs- bzw. Frauenförderpläne (61 %). Während räumliche Entwicklungskonzepte, z.B. integrierte Stadtentwicklungs- oder Raumordnungsplanung, in allen Kommunaltypen etwa gleich häufig angewendet werden, sind Energie und Klimaschutzkonzepte mehr in Landkreisen (79 %) und Städten (73 %) in Anwendung als in Städten und Gemeinden (37 %). Weniger verbreitet in niedersächsischen Kommunen sind Mobilitätsplanungs- / Radverkehrskonzepte (46 %), die unter anderem von der Europäischen Union durch „Sustainable Urban Mobility Plans“ unterstützt werden (European Union, 2024). Deutlich weniger angewendet werden Strategien oder Beschlüsse für Integration (26 %), Sozialberichterstattung (21 %) und Bildung für nachhaltige Entwicklung (14 %). Während Integrationsstrategien verstärkt in Landkreisen bestehen (44 %), sind Sozialberichterstattung (14 %) und Konzepte für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE; 20 %) auch in Landkreisen abgeschlagen. Strategien oder Beschlüsse zur Klimaanpassung sind mit 12 % in allen Kommunaltypen wenig vertreten, durch die Zunahme von Förderprogrammen in diesem Bereich ist aber anzunehmen, dass dies in den kommenden Jahren ansteigen wird (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, 2024).

Kommunale Biodiversitätsstrategien zur Förderung und zielgerichteter Stärkung biologischer Vielfalt vor Ort (Wissel und Herbst, 2013) bestehen in nur 4 % der befragten Kommunen. Dass die Auswirkungen des Biodiversitätsverlusts auf kommunaler Ebene bislang kaum durch systematische Strategien oder Beschlüsse bearbeitet werden, ist bemerkenswert, da der Verlust der Biodiversität eine essenzielle planetare Grenze darstellt, die bereits deutlich überschritten ist (Richardson et al., 2023). Der Verlust von Biodiversität hat wesentliche Auswirkungen auf Kommunen, wie den Verlust von Versorgungsleistungen (z.B. fruchtbare

Böden), Regulationsleistungen (z.B. Klima- und Wasserregulation) und sozio-kulturelle Dienstleistungen (z.B. Erholung und Bildung; Grunewald & Bastian, 2019). Durch Strategien im Bereich Biodiversität könnten diese wichtigen Leistungen für eine Kommune gestärkt werden (Bundesamt für Naturschutz, 2022).

Über die benannten Strategien hinaus, bestehen in etwa der Hälfte der Kommunen (49 %) sonstige Strategien und Beschlüsse. Diese wurden konkreter in einem Freitextfeld abgefragt: Es handelt sich unter anderem um Beschlüsse zur Klimaneutralität, die Trierer Erklärung, nachhaltige Beschaffung und den European Energy Award. Die Trierer Erklärung ist eine Erklärung für „Demokratie und Menschenwürde“, initiiert vom Deutschen Städtetag, an die sich zahlreiche Kommunen angeschlossen haben (Deutscher Städtetag, 2024). Insgesamt lassen die Ergebnisse erkennen, dass etabliertere Aufgabenstellungen (Gleichstellung, Energie) stärker mit Strategien und Beschlüssen untermauert sind und es in der Gesamtheit eine breite Vielfalt an Themen mit einschlägigen Strategien und Beschlüssen gibt.

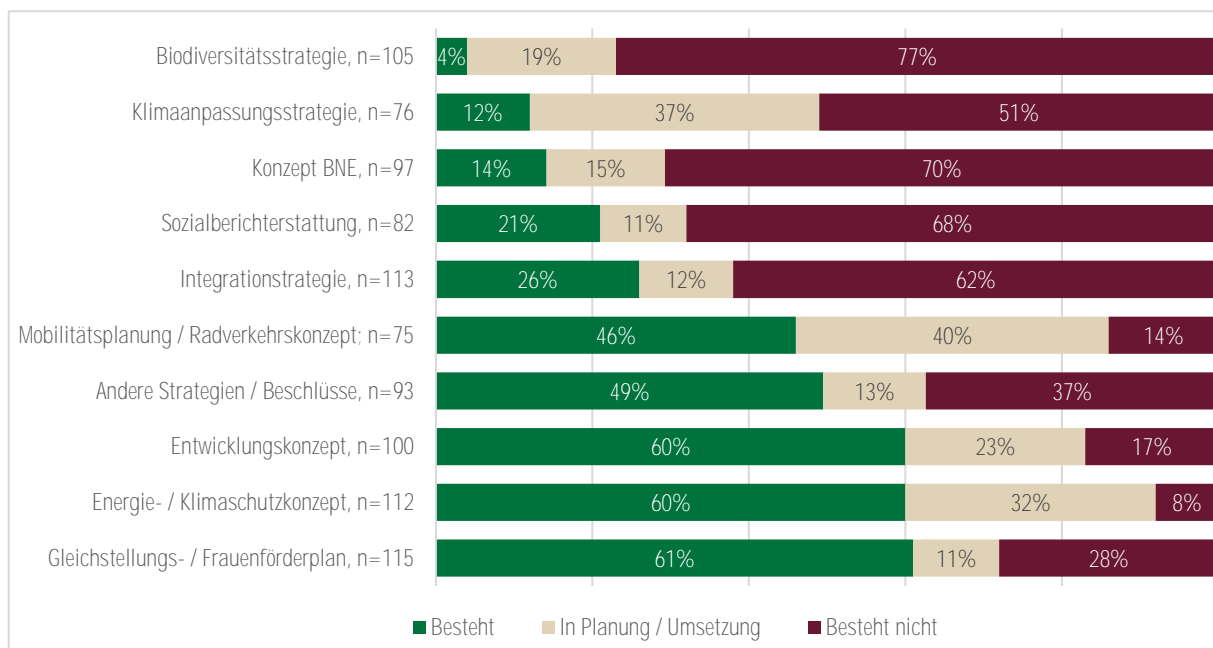


Abbildung 14: Strategien und Beschlüsse. Frage: Welche Strategien und/oder welche Beschlüsse, die auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind, bestehen in Ihrer Kommune?

Instrumente:

Nach den (Teil-) Strategien nachhaltiger Entwicklung werden in diesem Kapitel Instrumente des Nachhaltigkeitsmanagements betrachtet (Abbildung 15). Am häufigsten ist in den Kommunen die Ratsvorlagenprüfung etabliert (19 %), welche kommunale Vorhaben systematisch in Hinblick auf Auswirkungen auf Klimaschutz im speziellen oder nachhaltige Entwicklung insgesamt bewertet (Redenius et al., 2023). In weiteren 18 % der Kommunen ist die Ratsvorlagenprüfung geplant. Besonders verbreitet sind solche Prüfungen in Landkreisen (33 %). Die Ergebnisse decken sich annähernd mit der Halbzeitbilanz zur Agenda 2030: Gemäß der wendungen 26 % eine Ratsvorlagenprüfung an (Peters et al., 2023).

Das strategische Umsetzen von kommunalen Vorhaben bedingt eine Überprüfung des Umsetzungsstandes von Maßnahmen – diese Überprüfung ist in 16 % der Kommunen etabliert und bei einem weiteren Drittel (28 %) der Kommunen geplant. Ein Leitbild kommunaler Nachhaltigkeit, das den Rahmen und die Zielsetzung von nachhaltigem Handeln aufzeigt, ist in 66 % der befragten Städte, Gemeinden und Landkreise etabliert oder in Planung. Die Nutzung von Nachhaltigkeitsindikatoren (6 %), Nachhaltigkeitsberichterstattung (7 %), einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie (8 %) sowie eines Klima-/ Nachhaltigkeitshaushalts (12 %) findet in

den befragten Kommunen deutlich weniger Anwendung. Obwohl insbesondere für die Instrumente der Nachhaltigkeitsindikatoren und Nachhaltigkeitsberichterstattung umfangreiche Unterstützungsangebote und Handreichungen existieren, z.B. der Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK; Rat für Nachhaltige Entwicklung, 2024), sind sie bisher wenig etabliert. Da der Aufwand für die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten hoch ist (Oelsner, 2022), ist nachvollziehbar, dass diese besonders wenig von Städten und Gemeinden erstellt werden (3 %). Auffällig ist, dass im Bericht „nrw-Kommunal“ eine im Vergleich erheblich größere Anzahl an Kommunen das Instrument der Nachhaltigkeitsstrategien (50 %) anwendet und / oder mit einer sektoral ausgerichteten Strategie arbeitet (z.B. Energie-/ Klimaschutzkonzept 89 %; Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V., 2022). Im Jahr 2012 erfragten Heinrichs und Schuster den Einsatz von Instrumenten zur Steuerung von Nachhaltigkeit. In der deutschlandweiten Erhebung unter allen Städten mit mehr als 40.000 Einwohnenden und Landkreisen mit mehr als 200.000 Einwohnenden war der Umsetzungsstand fortgeschrittener (Heinrichs & Schuster, 2016). Ob dies an der Größe der dort teilnehmenden Kommunen liegt, an dem Fokus auf Niedersachsen oder der Einsatz von Instrumenten kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements tatsächlich rückläufig ist, bleibt an dieser Stelle offen.

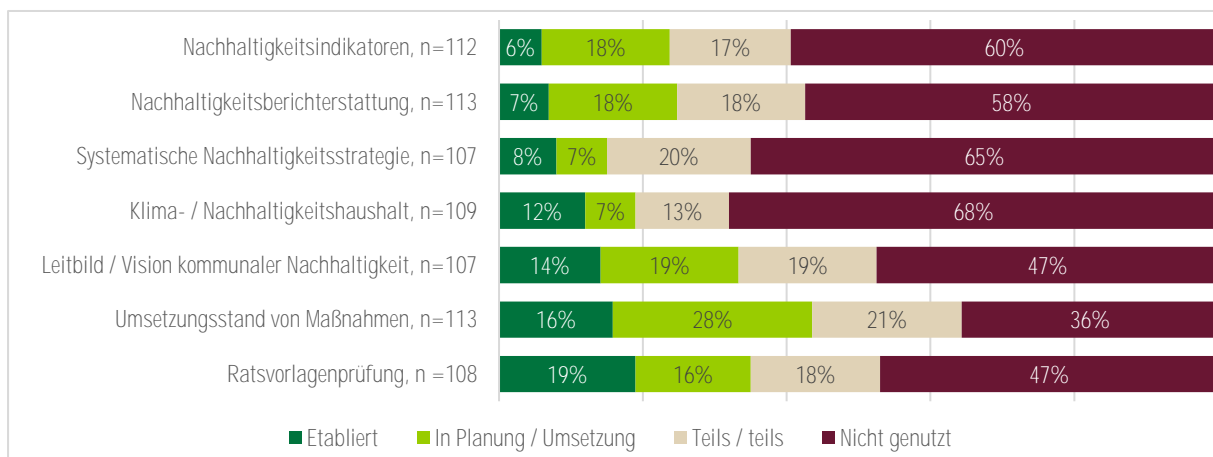


Abbildung 15: Verwendung kommunaler Nachhaltigkeitsinstrumente (n= 116). Frage: Welche Instrumente des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements sind in Ihrer Kommune etabliert?

Personal und Zuständigkeiten:

Es empfiehlt sich, klare personelle und institutionelle Zuständigkeiten für die Koordination der Nachhaltigkeitsaktivitäten in der Kommunalverwaltung festzulegen. Das verantwortliche Personal stimmt interne Aktivitäten ab, bündelt Initiativen und dient als zentrale Ansprechperson (Plawitzki et al., 2015). Im Rahmen des KNBN wurde abgefragt, in welchen Kommunen bisher Stellen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz bestehen und wo diese Stellen organisatorisch angesiedelt sind (Abbildung 16). Bei ca. der Hälfte aller befragten Kommunen (51 %) gibt es eine Stelle für Nachhaltigkeit und Klimaschutz, bei weiteren 34 % sogar mehrere Stellen. Damit scheint Nachhaltigkeit und Klimaschutz organisatorisch inzwischen gut etabliert zu sein.

Die Anzahl der Personalstellen hängt auch mit den Kommunaltypen zusammen. So haben die befragten Landkreise zu 74 % mehrere Stellen, Städte mit mehr als 15.000 Einwohnenden dagegen nur zu 36 % und Städte und Gemeinden mit weniger als 15.000 Einwohnenden nur zu 20 %. Die befragten Landkreise und Städte mit mehr als 15.000 Einwohnenden haben jedoch ausnahmslos mindestens eine zuständige Personalstelle und auch mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden mit weniger als 15.000 Einwohnenden (61 %) verfügt über eine Personalstelle. Weitere 24 % planen diese einzurichten. Nur 15 % der

letztgenannten Gruppe haben keine Personalstelle für Nachhaltigkeit und Klimaschutz geplant. Somit haben Landkreise und größere Städte in der Regel mehr Personalstellen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz eingerichtet. Da diese Kommunaltypen aufgrund ihrer Größe über mehr Ressourcen und gleichzeitig erhöhte Bedarfe und Verantwortlichkeiten verfügen, ist dieser Befund nicht überraschend.

Die Personalstellen für Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind etwa gleichmäßig verteilt auf den Verwaltungsebenen Fach-, Amts- oder Ressortleitung, Stabstelle, Fachbereichsmitarbeitende und Sachbearbeitende (Abbildung 17). Selten liegt die Zuständigkeit für Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf der Ebene der Verwaltungsleitung. In Städten und Gemeinden liegt die Hauptverantwortung für Nachhaltigkeit etwas häufiger bei der Verwaltungsleitung (12 %), dies lässt sich dadurch erklären, dass Verwaltungsapparate in kleinen Kommunen weniger umfangreich sind. Insbesondere Landkreise haben dagegen, gestärkt durch die seit 2023 finanzierte Klimaschutzstelle (Niedersächsisches Klimagesetz), mehr Personal für das Themenfeld Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Darüber hinaus lassen sich keine wesentlichen Unterscheidungen zwischen den unterschiedlichen Kommunaltypen feststellen. Welche Verankerung

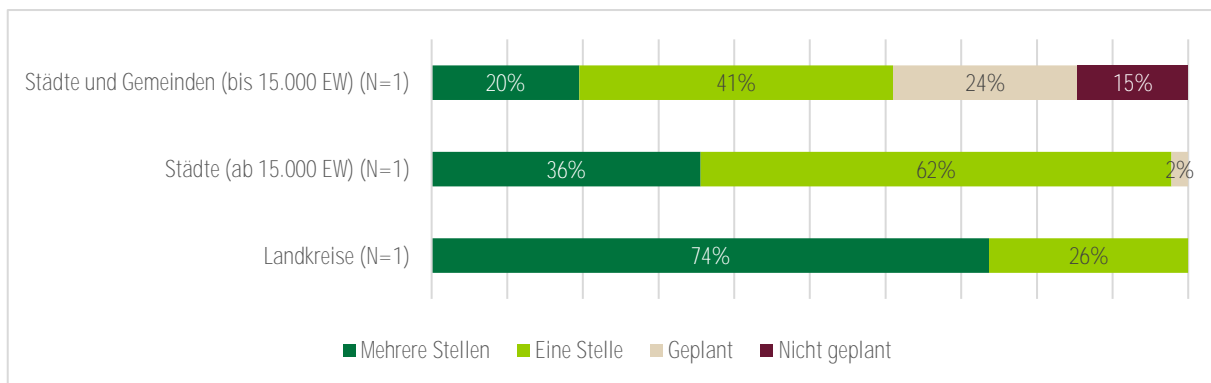


Abbildung 16: Bestehendes Personal (n=116). Frage: Gibt es in Ihrer Verwaltung eine oder mehrere Stellen, die explizit für Nachhaltigkeit/ Klimaschutz zuständig ist / sind?

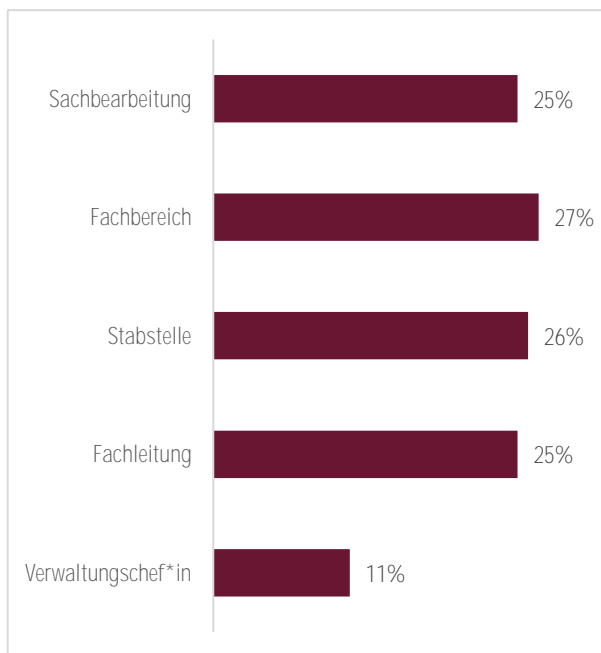


Abbildung 17: Verwaltungsebene (n=116). Frage: Auf welcher Verwaltungsebene ist / sind diese Stelle(n) angesiedelt?

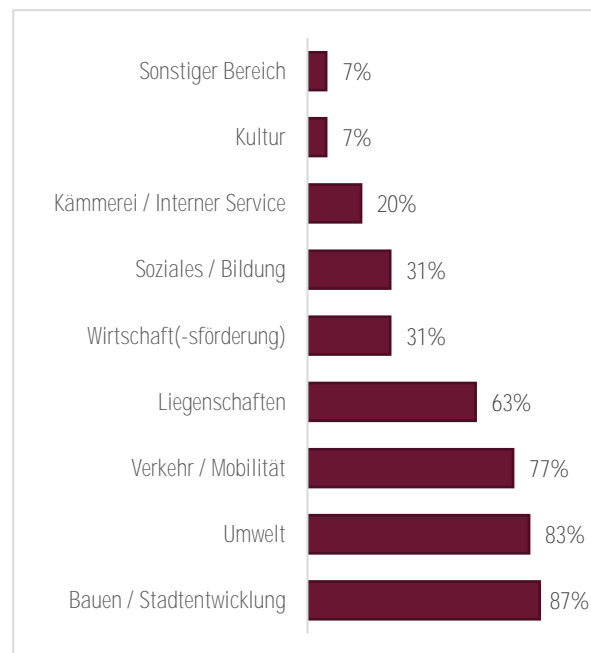


Abbildung 18: Nachhaltigkeit und Klimaschutz in verschiedenen Fachbereichen (n=116). In welchen Bereichen Ihrer Verwaltung findet in der Umsetzung von Maßnahmen Nachhaltigkeit und Klimaschutz explizit Berücksichtigung?

innerhalb der Verwaltung am wirksamsten ist, hängt von der Größe der Kommune sowie den vorhandenen Strukturen und Ressourcen ab. Es kann keine Empfehlung für das erfolgreichste Modell ausgesprochen werden (Link et al., 2018).

Weitergehend wurde untersucht, in welchen Bereichen der Verwaltung Nachhaltigkeit und Klimaschutz explizit Berücksichtigung finden (Abbildung 18). Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema und die SDGs adressieren (fast) alle Bereiche einer Verwaltung – entsprechend sollte zu erwarten sein, dass die Umsetzung in allen Verwaltungsbereichen eine wesentliche Rolle spielt. Klimaschutz hingegen ist ein stark ökologisches Thema und ist daher häufig im Bereich Umwelt abgebildet (Heinrichs & Schuster, 2016). Historisch hat die Thematisierung von Umweltverschmutzung eine lange Geschichte und wird in Deutschland schon seit den 1970er Jahren bearbeitet und institutionalisiert (Böcher & Töller, 2012; Aden, 2012). Diese stärkenden Faktoren haben sich in den aktuellen Daten bestätigt: Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden in den befragten Kommunen größtenteils bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Bauen/ Stadtentwicklung (87 %), Umwelt (83 %), Verkehr/ Mobilität (77 %) und Liegenschaften (63 %) berücksichtigt. Weniger relevant ist dies in den Bereichen Soziales/ Bildung und Wirtschaft (je 31 %). Der geringste Stellenwert wird Nachhaltigkeit und Klimaschutz in den Bereichen Kämmerei/ Interner Service (20 %) und im Bereich Kultur (7 %) zugeschrieben. Gerade zwischen den kommunalen Bereichen Kultur und Nachhaltigkeit und Klimaschutz in einer Kulturverwaltung kann es erhebliche Potentiale für die Nachhaltigkeitstransformation geben, die bisher nur vereinzelt in Städten und Gemeinden zusammengeführt werden (Heinrichs et. al., 2024).

Organisation:

Es ist für Kommunalverwaltungen sinnvoll, ein eigenes Verständnis von Nachhaltigkeit zu definieren, das zu der jeweiligen Kommune passt. Dabei sollten bestehende Konzepte der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt und auf die spezifischen Herausforderungen vor Ort abgestimmt werden, z.B. in Bezug auf Themen wie Arbeit, Mobilität oder Energie. Da Mitarbeitende und Kommunalpolitik oft unterschiedliche Vorstellungen von Nachhaltigkeit haben, sind Maßnahmen ratsam, die eine gemeinsame Vorstellung stärken (Plawitzki et. al., 2015). Daher haben wir das Vorhandensein eines gemeinsamen Verständnisses von nachhaltiger Entwicklung in der Kommunalverwaltung und -politik sowie die Verankerung von Nachhaltigkeit in den Fort- und Weiterbildungsangeboten für Mitarbeitende abgefragt. Weiterhin wurde untersucht, inwiefern Nachhaltigkeit nach Einschätzung der Befragten bei Führungskräften sowie über Verwaltungsstrukturen hinweg eine Rolle spielt. Die Ergebnisse sind in Abbildung 19 abgebildet.

Nachhaltigkeit ist in den Fort- und Weiterbildungsangeboten für Mitarbeitende in der Mehrheit der Kommunen (56 %) nicht systematisch verankert. Nur 13 % der befragten Kommunen haben Nachhaltigkeit fest in ihre Fortbildungsangebote integriert. In Bezug auf ein gemeinsames Verständnis nachhaltiger Entwicklung in Verwaltung und Politik zeigen die Befragungen eine ähnliche Verteilung: Jeweils etwa ein Drittel der Kommunen geben die Einschätzung ab, dass ein gemeinsames Verständnis besteht (Verwaltung: 27 %; Politik: 30 %). Bei wiederum ca. einem Drittel trifft dies nicht zu (Verwaltung: 34 %; Politik: 29 %). Auch bei knapp einem Drittel (28 %) der Führungskräfte spielt Nachhaltigkeit in der Entscheidungsfindung eine wesentliche Rolle, dies ist in Städten und Gemeinden (39 %) stärker ausgeprägt als in Landkreisen (12 %). Zudem wird in einem Drittel (30 %) der befragten Kommunen zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz abteilungs- und hierarchieübergreifend zusammengearbeitet, dies ist in allen Kommunaltypen etwa gleich verteilt. Da Nachhaltigkeit über die verschiedenen Fachbereiche hinweg wirkt, sind interdisziplinäre Arbeitsgruppen aus verschiedenen Fachbereichen hilfreich, wenn es um die Erarbeitung von Maßnahmen

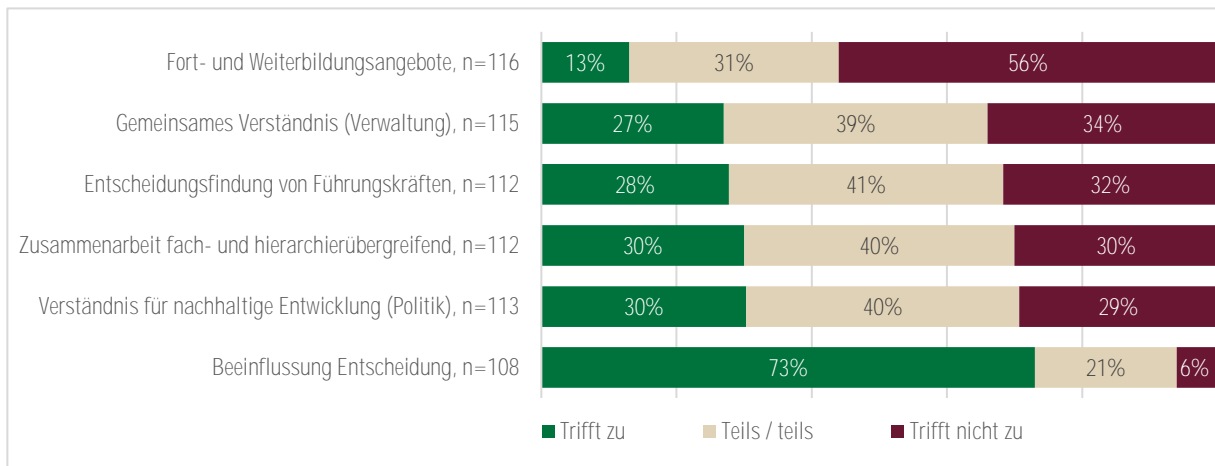


Abbildung 19: Nachhaltigkeit in der Organisationskultur (n=116). Frage: Im Folgenden finden Sie eine Auflistung mit Aussagen zur Organisationskultur und -prozessen in Ihrer Kommune. Bitte geben Sie jeweils an, inwiefern diese auf Ihre Kommune zutreffen.

geht (Reuter und Hilgers, 2023; Redenius und Heinrichs, 2024). Eine große Mehrheit der Befragten (73 %) gibt an, dass sie in ihrer Position kommunale Entscheidungen in Richtung nachhaltiger Entwicklung beeinflussen können. Alle befragten Personen sind für Nachhaltigkeit und Klimaschutz zuständig oder haben gute Einblicke in das Thema, was die hohe Zustimmungssquote nachvollziehbar macht. Diese Möglichkeit der Beeinflussung ist in Landkreisen (61 %) weniger ausgeprägt als in Städten und Gemeinden (80 %).

Dieses Kapitel zu Nachhaltigkeit in Verwaltungsaufbau und -ablauf zeigt, dass Ansätze kommunaler Nachhaltigkeit mit Strategien, Beschlüssen und Instrumenten fragmentiert Einzug in niedersächsische Kommunen gefunden haben. Insbesondere die Anstellung von zuständigem Personal ist verbreitet. Dennoch findet die Umsetzung nach wie vor vorwiegend in „klassischen“ ökologischen Bereichen statt. Eine verwaltungsübergreifende Bearbeitung nachhaltiger Entwicklung, gestärkt durch Fortbildungen und ein gemeinsames Verständnis, zeichnet sich nicht ab. Dies deckt sich mit Erkenntnissen anderer vergleichbarer Erhebungen (Oelsner, 2022).

4.4 KOOPERATIONEN UND BETEILIGUNGEN

Die Arbeit in Netzwerken und die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren kann das Nachhaltigkeitswirken einer Kommunalverwaltung stärken. Das vorliegende Kapitel beleuchtet, wie die Landkreise, Städte und Gemeinden Kooperationen und Beteiligung realisieren. Durch das Mitarbeiten und Kooperieren in Netzwerken und Initiativen sowie das Treffen von gemeinsamen Vereinbarungen kann eine Kommune ihre eigenen Nachhaltigkeitsaktivitäten stärken, mit Qualitätsstandards unterlegen und den Austausch mit anderen Kommunen ausbauen (Abbildung 20). Die Charta von Aalborg, beschlossen 1994, ist ein wesentlicher Grundstein kommunaler Nachhaltigkeitsentwicklung. Hier haben sich europäische Kommunen verpflichtet, sich an den lokalen Initiativen des Programms zu beteiligen und Programme für eine nachhaltige Entwicklung durchzuführen (Garcia-Sanchez & Prado-Lorenzo, 2008). Sie scheint aber aus der Zeit gefallen zu sein: Keine der befragten Kommunen gibt an, mit der Aalborg-Charta zu arbeiten. Besonders engagiert sind die Kommunen mittlerweile beim Klimabündnis (40 %), das unter anderem die Aktionswochen „**Stadttradeln**“ organisiert. In Deutschland hat das „Klimabündnis“ mehr als 600 Mitgliedskommunen (Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder | Alianza del Clima e.V., 2024).

Jede vierte befragte Kommune (27 %) bringt sich zudem in Fair-Trade Netzwerken ein. Ebenso haben einige Kommunen (26 %) angegeben, dass sie in dem KommNN-Projekt der Kommunale Umwelt-Aktion UAN e.V. tätig sind. Weitere Initiativen in denen sich die befragten Kommunen engagieren sind das Projekt Globale Nachhaltige Kommune der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (18 %), die Kommunen für Biologische Vielfalt „KommBio“ (18 %) sowie bei der Unterzeichnung der Musterresolution "2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ und der Eltviller Erklärung (13 %). In dieser setzen sich die kommunalen Repräsentant*innen für eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung der Kommunen ein, um z.B. Projekte im Bereich Klimaanpassung umzusetzen (Oechler, 2023). In einem Freitextfeld (n=26) wurden zudem noch die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V., Klimaschutznetzwerke, das Netzwerk der deutschen Bio-Städte, das Bodenbündnis Europa sowie das Internationale Netzwerk lebenswerter Städte (cittaslow) und der European Energy Award genannt.

Kommunen können ihre Nachhaltigkeitsaktivitäten außerdem durch Kooperationen mit lokalen Akteuren stärken (Abbildung 21). Besonders stark ist die Kooperation laut den Befragten mit Kommunalpolitik (89 %), Bürger*innen (81 %), Schulen und Kitas (78 %) sowie Vereinen und Initiativen (71 %). Kooperationen mit anderen Kommunen in jeweiligen Landkreisen (50 %) und kommunalen Unternehmen (47 %) werden von jeder zweiten Kommune durchgeführt. Kooperationen zum Thema Nachhaltigkeit mit anderen Kommunen werden auf Städte und Gemeindeebene jedoch nur von gut einem Drittel durchgeführt (34 %). Die Zusammenarbeit mit kommunalen Unternehmen ist bei Städten über 15.000 Einwohnenden und Landkreisen dagegen stärker verbreitet, diese verfügen mutmaßlich allerdings auch über mehr kommunale Unternehmen. Weniger verbreitet ist hingegen die Zusammenarbeit in Nachhaltigkeitsvorhaben und -projekten mit privaten Unternehmen (35 %) sowie mit Wissenschaft/ Forschung (24 %). Dabei hat gerade diese Kooperation ein erhebliches Potential eines profitablen Wissensaustauschs (Krellenberg et. al. 2019). Die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung wird vor allem von Städten (31 %) und Landkreisen (42 %) durchgeführt. In Niedersachsen hat lediglich eine Stadt (Elsfleth) mit weniger als 15.000 Einwohnenden einen Hochschulstandort, dies kann die weniger starke Kooperation in kleineren Städten und Gemeinden begründen.

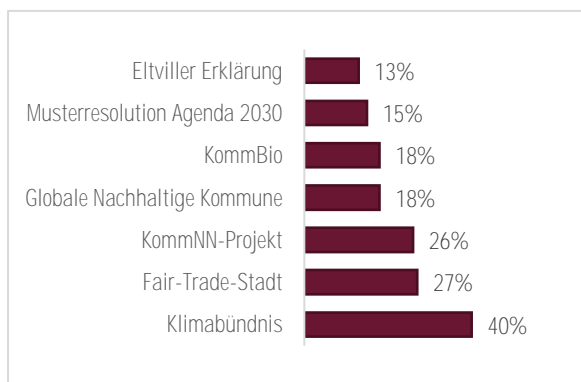


Abbildung 20: Netzwerke & Mitgliedschaften (n=116). Frage: In welchen der folgenden Netzwerke, Vereinbarungen oder Initiative ist Ihre Kommune involviert?

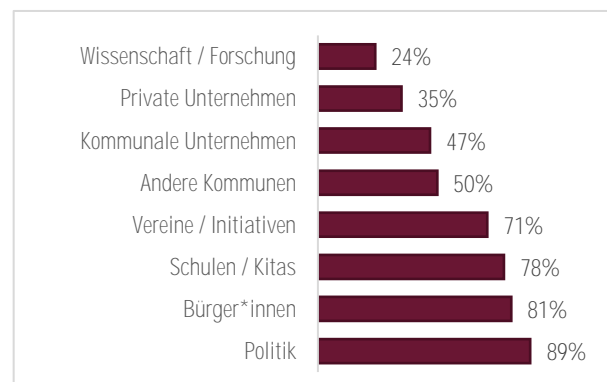


Abbildung 21: Beteiligung Akteur*innen (n= 116). Frage: Welche Akteure außerhalb der Kommunalverwaltung sind in Ihre Nachhaltigkeitsvorhaben und -projekte einbezogen?

Das KNBN betrachtet weiterhin, mit welchen Formaten kommunale Akteure im Bereich Nachhaltigkeit und Klimaschutz beteiligt werden (Abbildung 22). Der Umfrage zufolge werden vor allem traditionelle Formate angewendet: Informationsveranstaltungen (79 %), Arbeitskreise und Beiräte (72 %) und Workshops oder Konferenzen (65 %). Online-Beteiligungsformate wie Plattformen und Soziale Medien (50 %) werden eher weniger genutzt. Auch Befragungen (54 %) sowie Wettbewerbe (41 %) stehen weniger im Fokus. Seltener

angewendet werden ebenso Bürger*innensprechstunden (36 %), die Würdigungen der engagierten Zivilgesellschaft (34 %) und die Förderung von wirtschaftlichen Initiativen (25 %). In Landkreisen wird die engagierte Zivilgesellschaft häufiger geehrt (59 %) als in Städten und Gemeinden, ebenso sind Wettbewerbe in Landkreisen (58 %) besonders verbreitet. Alles in allem lässt sich aus den Ergebnissen ein klares Potential erkennen, verstärkt mit der lokalen Wirtschaft, Wissenschaft sowie anderen Kommunen zu kooperieren. Gezielte lokale Fördermaßnahmen können das Engagement der lokalen Akteure stärken.

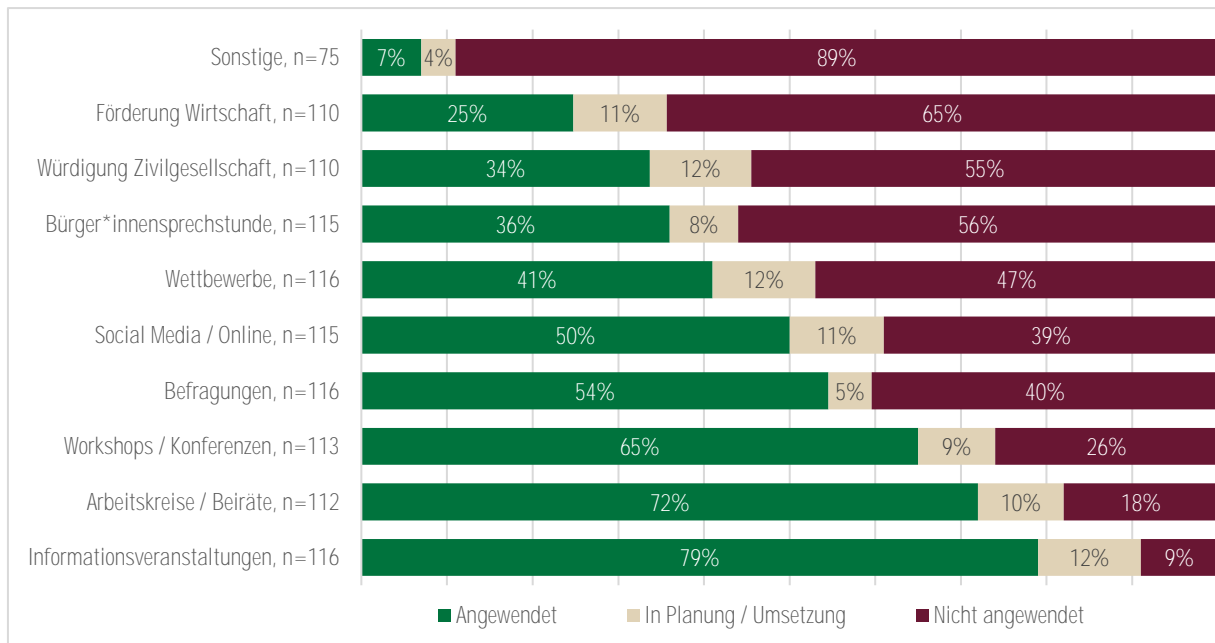


Abbildung 22: Angewendete kommunale Beteiligungsformate (n=116). Frage: Welche Verfahren zur Beteiligung kommunaler Akteur*innen haben Sie im Bereich Nachhaltigkeit/Klimaschutz in Ihrer Kommune bisher angewendet?

4.5 RAHMENBEDINGUNGEN KOMMUNALER NACHHALTIGKEIT

Im gesellschaftlichen Kontext gibt es diverse Akteure und Entwicklungen, die für die sozial-ökologische Transformation förderlich oder hinderlich sein können. Kommunen als Teil des föderalen Systems können Transformationsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz wesentlich mitgestalten. Im Rahmen dieses Barometers wurden interne und externe Akteure sowie gesellschaftliche Entwicklungen betrachtet, die dabei förderlich oder hinderlich wirken (Abbildung 23 und 24). Darüber hinaus wurden Anregungen an die Landesregierung (Abbildung 25) und Maßnahmen zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs (Abbildung 26) untersucht.

Treiber und Hemmnisse:

Die Abbildung 23 stellt die treibenden und hemmenden Anspruchsgruppen dar. Insgesamt wird keiner der Akteure als ausschließlich treibend oder hemmend eingeordnet. Viele der abgefragten Akteure scheinen eine ambivalente Rolle zu haben. Als überwiegend treibende Akteure werden die niedersächsische Landesregierung (69 %) und die Bundesregierung (58 %) eingeschätzt. Die Bewertung der Landesregierung als Treiber ist bei Landkreisen besonders stark (88 %). Deutlich weniger schätzen die Landkreise hingegen die Bundesregierung als treibend ein (60 %). Der eigene Landkreis bzw. kreisangehörige Kommunen (60 %) und die Verwaltungsspitze (66 %) werden von einem Großteil der befragten Kommunen als treibend

angesehen. Etwa die Hälfte der Kommunen nennt zudem Fach- und Ressortleitungen (51 %), Bürger*innen (52 %) und die Zivilgesellschaft (54 %) sowie die Kommunalpolitik (53 %) als Treiber für die kommunale Nachhaltigkeitstransformation. Auch Medien und Presse werden von einem Teil der Kommunen (39 %) als treibender Akteur gesehen. Kommunalpolitik wird demgegenüber am häufigsten (17 %) als Hemmnis angegeben. Dies wird insbesondere von Städten und Gemeinden (23 %) sowie Städten (19 %) benannt. Mitarbeitende und Kolleg*innen werden von 14 % als hemmend und nur von 30 % der Befragten als treibend eingeschätzt. Diese kritische Einordnung von Kolleg*innen tritt verstärkt in Landkreisen auf (30 %). Ähnlich werden private Unternehmen zu 13 % als hemmend und 27 % als treibend eingeordnet, wogegen kommunale Unternehmen als vergleichsweise weniger hemmend (8 %) und mehr treibend (39%) wahrgenommen werden.

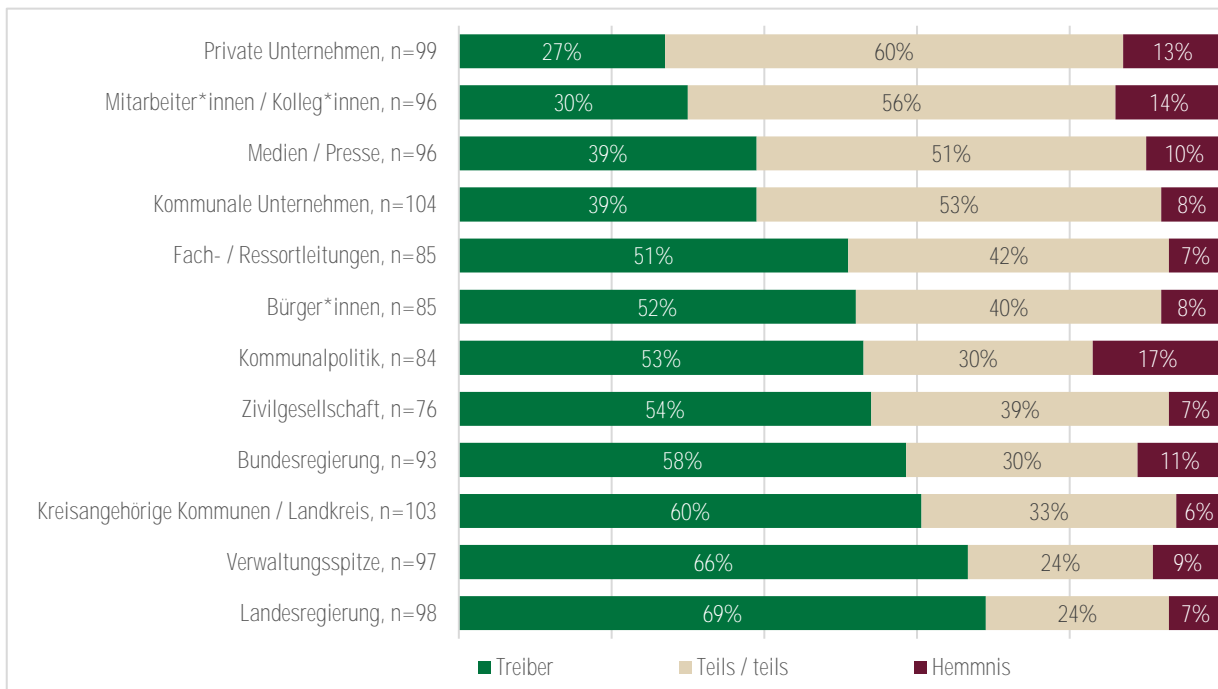


Abbildung 23: Treibende und hemmende Anspruchsgruppen. Frage: Inwiefern sind die folgenden Akteure eher Treiber oder Hemmnisse der Nachhaltigkeitstransformation in Ihrer Kommune?

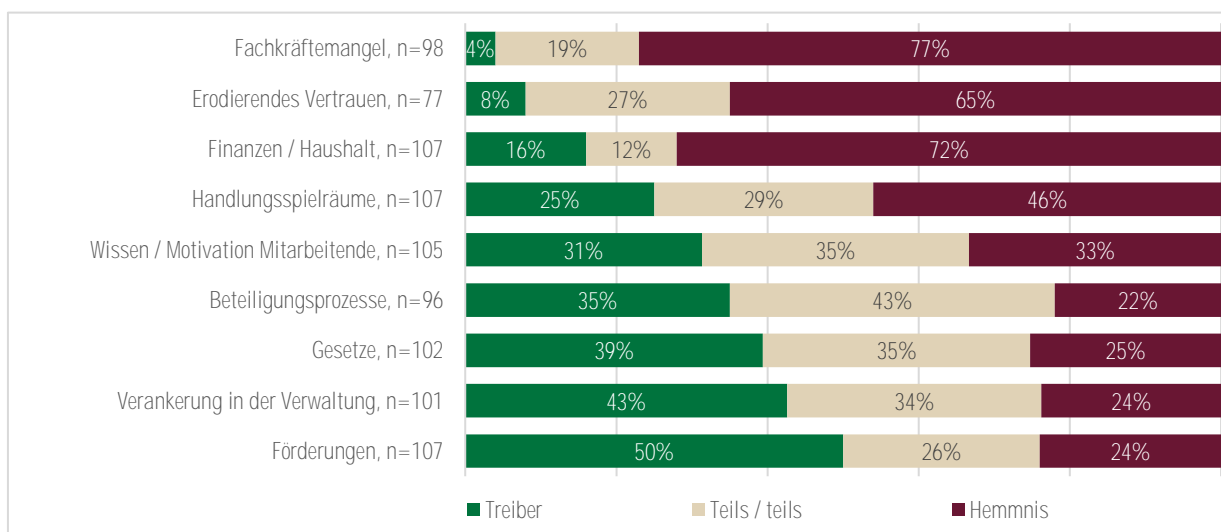


Abbildung 24: Treibende und hemmende Entwicklungen und Aspekte. Frage: Inwiefern sind die folgenden Entwicklungen und Aspekte eher Treiber oder Hemmnisse der Nachhaltigkeitstransformation in Ihrer Kommune?

Weitergehend wurden die Perspektiven auf gesellschaftliche Entwicklungen und weitere Faktoren abgefragt (Abbildung 24). Am häufigsten werden Förderprogramme und -bedingungen als treibend wahrgenommen (50 %). Allerdings geben auch 24 % der Kommunen an, dass bestehende Förderbedingungen hemmend wirken. Zudem wirken die Verankerung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Verwaltungsaufbau (43 %), ein stärkerer gesetzlicher Rahmen (39 %) und die Durchführung öffentlicher Beteiligungsprozesse (35 %) als Treiber. Insgesamt wurden aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Aspekte jedoch überwiegend als Hemmnisse eingeordnet; hierzu zählen vor allem der Fachkräftemangel (77 %) und die verfügbaren Finanzmittel/ Haushaltslage (72 %). Die Mehrheit schätzt zudem ein erodierendes Vertrauen in den Staat und die Demokratie als hemmend ein. Dies zeigt sich beispielsweise in Form von Politikverdrossenheit sowie Rechtsextremismus und -populismus mit negativen Auswirkungen auf Klimapolitiken und lokale politische Mandatsträger*innen (Blättle et. al., 2022). Die Handlungsspielräume der Kommunen, bestehend aus freiwilligen und pflichtigen Aufgaben, und das persönliche Wissen und die Motivation der Mitarbeitenden in der Kommunalverwaltung werden relativ gleichwertig als treibend (31 %) und hemmend (33 %) eingeordnet. Zusammenfassend werden die abgefragten Akteure tendenziell eher als treibend wahrgenommen, während einige Entwicklungen und Aspekte von vielen Befragten als eher hemmend wahrgenommen werden.

Anregungen an Landes- und Bundesregierung

Im Rahmen eines Freitextfeldes wurden zusätzlich Anregungen an die Landes- und Bunderegierung eingeholt. Hier formulierten 87 Befragte Anregungen zu verschiedenen thematischen Bereichen. Die Antworten wurden gesichtet und qualitativ codiert. Die Abbildung 25 stellt eine vereinfachte Übersicht der Anregungen in den Bereichen Finanzen/ **Förderungen**, **Personal**, **Unterstützung**, **Gesetzgebung** und „**Sonstiges**“ dar.

Besonders häufig wird genannt, dass es bessere finanzielle Ressourcen brauche, um kommunale Nachhaltigkeitsbestrebungen umzusetzen (n=28). Dabei wird hervorgehoben, dass die kommunalen Finanzen insgesamt erhöht sowie dauerhaft, statt projektbezogen und befristet, zur Verfügung gestellt werden müssten. Es wird zudem häufig angeregt, dass die Förderungsmöglichkeiten für kommunale Nachhaltigkeit vereinfacht werden müssten (n=19), beispielsweise durch eine Reduzierung von Anforderungen und Nachweisen sowie einer Verlängerung von Fristen für Förderanträge. Es wird wiederholt der Wunsch nach

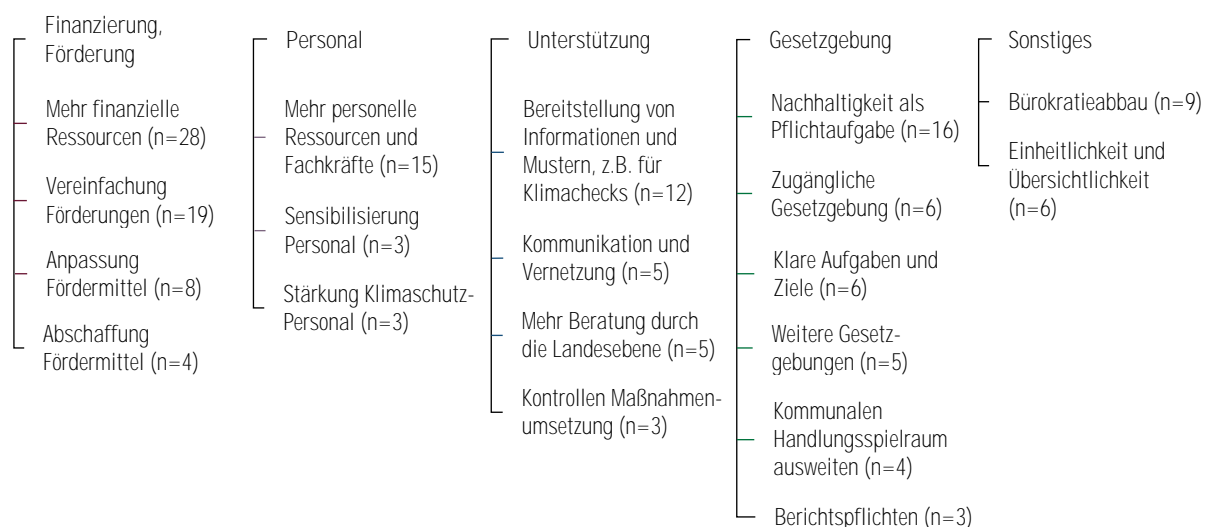


Abbildung 25: Unterstützung kommunaler Nachhaltigkeit durch Land und Bund (n=87). Frage: Welche Anregungen und Vorschläge haben Sie, um die Unterstützung kommunaler Nachhaltigkeit durch das Land/den Bund auszubauen? (Freitext)

mehr Planungssicherheit geäußert, indem Förderprogramme langfristiger bestehen bleiben und es regelmäßige, wiederkehrende Zeitfenster für deren Beantragung gibt, **so dass diese „bekannt, verlässlich, planbar“ werden. Zudem wird angeregt, spezifische Förderprogramme zu „mehr umfassenden Richtlinien mit mehreren Fördertatbeständen“ zusammenzufassen sowie für schnellere Prüfungen von Förderanträgen** und anschließendem Förderungsbeginn zu sorgen. Einige der Befragten fordern sogar eine Abschaffung der Fördermittel (n=4) und regen stattdessen eine pauschale Erhöhung von kommunaler Unterstützung explizit für Nachhaltigkeit (zum Beispiel nach Einwohnerzahl) an. Dies würde den Kommunen mehr Flexibilität und Eigenverantwortung bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen ermöglichen.

Personalausstattung ist bei den Anregungen ein wichtiges Thema: In Bezug auf den Bereich Personal wird genannt, dass personelle Ressourcen und insbesondere Fachkräfte fehlen, um kommunale Nachhaltigkeitsbestrebungen umzusetzen (n=15). Dementsprechend brauche es mehr Personal, welches wiederum finanziert werden müsse. Darüber hinaus wird angeregt, das gesamte Personal beispielsweise durch (Weiter-)Bildungsangebote für Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu sensibilisieren. Die Fachkräfte für Nachhaltigkeit und Klimaschutz sollten zudem gestärkt werden, indem sie besser in der Verwaltung verankert und mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Ein wesentlicher Teil der Befragten wünscht sich Unterstützung durch eine bessere Bereitstellung von Informationen zu kommunaler Nachhaltigkeit durch das Land und den Bund. Darunter fallen unter anderem die Bereitstellung von Arbeitshilfen und Handreichungen für z.B. Beschaffungsrichtlinien und „Klimachecks“. Die Bereitstellung von digitalen Tools und Plattformen wäre insofern hilfreich, da sie die Entwicklung und Umsetzung von kommunaler Nachhaltigkeit vereinfachen würden. Auch wird ein breiteres Beratungsangebot für die Kommunen durch die Landesebene sowie der Ausbau von Kommunikation und Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren angegeben.

Im Bereich Gesetzgebung wird angemerkt, dass es hilfreich sei, (Nachhaltigkeit und) Klimaschutz zu Pflichtaufgabe für Kommunen zu machen (n=16). Die Gesetzgebung, so wird mehrfach betont, müsse zugänglich sein und klare Aufgaben und realistische Zielvorgaben beinhalten. Außerdem wird benannt, dass spezifische Gesetzgebungen, beispielweise die Straßenverkehrsordnung, im Sinne der Nachhaltigkeitsziele angepasst und verschärft und die Handlungsspielräume der Kommunen ausgeweitet werden müssten. Hier regen einige wenige Befragte eine stärkere Kontrolle der Umsetzung von Maßnahmen an, indem Berichtspflichten für die Kommunen eingeführt werden (n=3). Über diese Bereiche hinaus wird angegeben, dass es einen allgemeinen Bürokratieabbau brauche (n=9). Zudem wünschen sich einige der Befragten allgemein mehr „Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit“ der Programme und Maßnahmen im Kontext kommunaler Nachhaltigkeit (n=6).

Reduktion des Ressourcenverbrauchs:

Im Rahmen des Barometers wurden zum Abschluss kommunale Ansätze betrachtet, die den Ressourcenverbrauch sowohl in der Produktion als auch im Konsum gezielt begrenzen (Böcker et al., 2020). Ziel der Suffizienzpolitik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Menschen dazu befähigen, in ihrem Alltag ressourcenschonender zu handeln. Dabei wird die Verantwortung für eine sozial gerechte und ökologische Zukunft innerhalb der Gemeinschaft verortet. Obwohl Wissenschaftler*innen die Bedeutung der kommunalen Suffizienzpolitik in den vergangenen Jahren zunehmend betont haben, bleibt die entsprechende Resonanz in der breiten Öffentlichkeit begrenzt. Dennoch nimmt laut Schmitt et. al. (2015) Suffizienzpolitik im kommunalen Kontext stetig zu. Es wird aufgezeigt, dass in vielen kommunalen Klimaschutzkonzepten die Notwendigkeit von Suffizienz als ein wesentlicher Ansatz zur Erreichung der Klimaschutzziele anerkannt wird

(ebd.). In diesem Zusammenhang wird eine Vielzahl an politischen Maßnahmen vorgeschlagen, die ermöglichen, erleichtern und unterstützen sollen, Suffizienz in Kommunen zu etablieren und zu stärken. Diese möglichen Maßnahmen wurden als Fragebatterie auf der Grundlage von Spengler (2018: 235 ff.) entwickelt. Sie beinhaltet Regulierungen (z.B. Anordnungen, Verbote, Lizenzen), die Nutzung von Planungsinstrumenten (z.B. regionale Entwicklungspläne, Landnutzungspläne), wirtschaftliche Instrumente (z.B. Zertifikate, Subventionierungen) und Kooperationen (z. B. Bildung von Netzwerken, Information). Vor diesem Hintergrund wurde der Einsatz von einigen konkreten Maßnahmen bei den Kommunen abgefragt (Abbildung 26):

- (1) In der kommunalen Gemeinschaftsversorgung hat regionales, vegetarisches und biologisches Essen einen hohen Stellenwert.
- (2) Wir arbeiten an einer kompakten Kommune mit kurzen Wegen.
- (3) Die Kommune informiert über nachhaltiges persönliches Verhalten.
- (4) Die Kommune unterstützt bestehende und die Schaffung neuer Einrichtungen, die Praktiken des Teilens, Verleihens, Wiederverwendens, Reparierens usw. fördern.
- (5) Wir haben das Ziel den Flächenverbrauch, z.B. durch Neubaumaßnahmen, zu reduzieren.
- (6) Carsharing und Lastenräder werden von unserer Kommune unterstützt.
- (7) Es werden nichtkommerzielle Bereiche wie z.B. Bänke in Fußgängerzonen bereitgestellt.

Am weitesten verbreitet ist die Bereitstellung von nichtkommerziellen Bereichen (64 %). Weitere je 47 % der Kommunen unterstützen Carsharing/ Lastenräder und streben eine Reduzierung des Flächenverbrauchs an. In ähnlichem Maße werden von den befragten Kommunen Einrichtungen zum Teilen und Reparieren (40 %), Informationen zu nachhaltigem Verhalten (37 %) und kurze Wege gefördert (35 %). Nur ein kleiner Teil der befragten Kommunen (24 %) fördert regionales, vegetarisches und biologisches Essen in der kommunalen Gemeinschaftsversorgung. Dies ist der einzige Ansatz, der von einer Mehrheit der Kommunen (51 %) nicht umgesetzt wird. Zusammengefasst sind Maßnahmen kommunaler Suffizienzansätze bislang nicht besonders verbreitet. Eine Wissenslücke zum Umsetzungsstand von Suffizienzmaßnahmen wird in wissenschaftlicher Forschung betont (Iten et. al., 2024). Es wäre notwendig, in weiteren Untersuchungen ein vertieftes Verständnis von der Umsetzung kommunaler Ansätze zur Suffizienz zu erhalten, um Potentiale für lokale nachhaltige Entwicklung realisieren zu können.

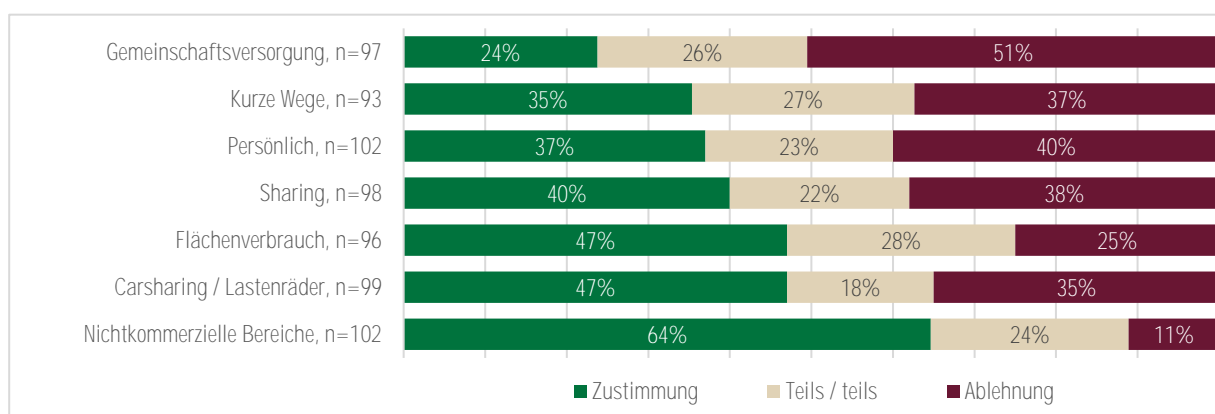


Abbildung 26: Kommunale Ansätze zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Frage: Im Folgenden finden Sie Maßnahmen zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs in der Produktion und beim Konsum. Bitte geben Sie jeweils an, inwiefern diese auf Ihre Kommune zutreffen.

5. FAZIT UND AUSBLICK

Das KNBN bietet einen Einblick in den Stand von Nachhaltigkeit in niedersächsischen Kommunen. Es zeigt sich deutlich, dass Kommunen in Niedersachsen an verschiedenen Aspekten von Nachhaltigkeit arbeiten und insbesondere Klimaschutz im Fokus steht. Klimaschutz spielt, getragen durch die Klimaschutzgesetzgebung, im Vergleich zu Nachhaltigkeit als Leitprinzip und systemischem Ansatz, eine hervorgehobene Rolle. Eine verstärkte Bearbeitung von Klimafolgen durch Anpassungsstrategien und -maßnahmen ist bislang jedoch kaum erkennbar. Durch die Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes (KAnG) auf Landesebene ist damit zu rechnen, dass Klimaanpassungskonzepte und einhergehende Maßnahmen in nächster Zeit gestärkt werden. Trotz der existierenden Landesnachhaltigkeitsstrategie und der Schwerpunktsetzung auf kommunale Nachhaltigkeit ist kommunales Nachhaltigkeitsmanagement nur unzureichend etabliert.

Zugleich zeigt sich, dass die kommunalen Tätigkeiten stark von (Nachhaltigkeits-) Herausforderungen (u.a. geprägt durch Konnexität) beeinflusst sind. Die befragten Personen betrachten Nachhaltigkeit, und insbesondere Klimaschutz, als bedeutsam für ihre jeweilige Kommune. Auf absehbare Zeit werden Klimaschutzziele bei den meisten befragten Kommunen etabliert sein, einhergehend mit den entsprechenden kommunalen Maßnahmen. Hervorzuheben ist jedoch, dass diese Maßnahmen von zahlreichen Befragten als nicht ausreichend eingeschätzt werden. Nachhaltigkeit und Klimaschutz spielen zudem organisatorisch eine wichtige Rolle: Kommunen haben entsprechendes Fachpersonal eingestellt und planen dies auch in Zukunft fortzuführen.

Der Aufbau nachhaltigkeitsorientierter Kompetenzen bei kommunalen Mitarbeitenden spielt eine zentrale Rolle und kann durch gezielte Weiterbildung und Sensibilisierung stärker in die gesamte Verwaltung integriert werden. Netzwerke und Kooperationen bieten hierbei wertvolle Unterstützung, da sie häufig den Zugang zu relevanten Schulungen und Angeboten erleichtern und so den Wissenstransfer beschleunigen. Umgesetzt wird Nachhaltigkeit vor allem in ökologisch orientierten Verwaltungsbereichen, dies wird durch einen starken Fokus auf Klimaschutz verstärkt. Empfehlenswert wäre es, neue Perspektiven zu eröffnen und Synergien zu schaffen, beispielsweise durch die Bearbeitung von Nachhaltigkeitsthemen in der Kulturverwaltung oder fachübergreifende Initiativen zu sozialer Nachhaltigkeit. Obwohl Nachhaltigkeit und Klimaschutz in vielen Verwaltungen organisatorisch abgebildet werden, spiegelt sich dies nur bedingt in der Ablauforganisation oder in Weiterbildungsangeboten für Mitarbeitende wider. Hier zeigt sich ein Bedarf bei Kommunen, zukunftsorientierte Kompetenzen zu stärken und sich über alle Fachbereiche hinweg besser aufzustellen. Insbesondere bei kreisangehörigen Städten und Gemeinden können Nachhaltigkeitsinstrumente durch Arbeitshilfen von Landkreis oder Landesebene gestärkt werden, da nur sehr limitierte Ressourcen für die Konzeption vorliegen.

Viele Kommunen kooperieren bereits mit lokalen Akteuren. Dies könnte noch weiter ausgebaut werden, indem die Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen, mit privatwirtschaftlichen und kommunalen Unternehmen sowie die interkommunale Zusammenarbeit intensiviert wird. Die Akteure können in Kooperationen voneinander lernen, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und gemeinsam größere Wirkungen erzielen. Durch Wettbewerbe, Förderungen und Ehrungen kann das bestehende Engagement von lokalen Akteuren anerkannt und gestärkt werden. In ihrer Rolle als übergeordnete Instanz können Landkreise zudem als Multiplikatoren agieren. Mit ihrem umfassenden Verständnis der regionalen Gegebenheiten sind sie in einer idealen Position, um die kreisangehörigen Gemeinden gezielt zu unterstützen und regionale Strategien für nachhaltige Entwicklung zu etablieren und zu fördern.

Das KNBN zeigt auf, dass viele Kommunen die eigenen Handlungsspielräume nutzen, um sich als nachhaltige Kommune besser aufzustellen. Unterstützend wirken Führungskräfte, Förderprogramme, entsprechendes Fachpersonal und die Landesregierung. Allerdings werden der Fachkräftemangel und die kommunale Haushaltslage häufig als bedeutende Hemmnisse für die Nachhaltigkeitstransformation eingeschätzt. Besonders betont wird bei den Anregungen der Befragten an die Landesregierung der Bedarf an Umstrukturierung von Fördermitteln/ Finanzierungen sowie die fachliche Unterstützung der Landesebene bei einzelnen Nachhaltigkeitsthemen. Bei den treibenden und hemmenden Akteuren zeigt sich ein vielfältiges Bild: In vielen Fällen wird die Verwaltungsspitze und die Zusammenarbeit mit kreisangehörigen Kommunen bzw. dem Landkreis als förderlich wahrgenommen. Als hemmend werden verstärkt Kolleg*innen und Kommunalpolitik angesehen, dies unterstreicht möglicherweise den Bedarf nach weiteren Fortbildungen und Informationsangeboten. Schließlich ist es angesichts knapper kommunaler Finanzen und begrenzter ökologischer Ressourcen notwendig, dem Ressourcenverbrauch auf kommunaler Ebene systematisch entgegenzuwirken.

Die Landesregierung kann Kommunen durch konkrete Hilfestellungen entlasten, insbesondere mit Blick auf die personell und finanziell begrenzten Kapazitäten der Kommunen. Dazu gehört die Bereitstellung von Schulungen, praxisnahen Handreichungen und standardisierten Mustern, die die Anwendung von Instrumenten des Nachhaltigkeitsmanagements oder den Einsatz von Satzungen, etwa im Bereich des Ordnungsrechts, vereinfachen. Diese Hilfestellungen ermöglichen den Kommunen Maßnahmen schneller und effizienter umzusetzen. Darüber hinaus sollte der Verlust der Biodiversität stärker in den Fokus rücken. Obwohl dieser als erhebliche Herausforderung wissenschaftlich und politisch international anerkannt ist, wird er auf kommunaler Ebene bislang nicht systematisch bearbeitet. Es bedarf einer gezielten Unterstützung und Förderung durch die Landesregierung, um Kommunen in die Lage zu versetzen, effektive Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität zu entwickeln und umzusetzen.

Das KNBN zeigt, dass Kommunen vielfältige Handlungsoptionen nutzen, um nachhaltige Entwicklung voranzutreiben und bestehende Ansätze weiter auszubauen. Es stellt ebenfalls dar, dass wesentliche Herausforderungen für Kommunen bestehen, die nachhaltige Entwicklungen hemmen. Das KNBN gibt einen Einblick in den Stand kommunaler Nachhaltigkeit und zeigt dabei auch konkrete Handlungsbedarfe auf. Diese sollten ambitioniert angegangen werden, um die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden in Niedersachsen wirksam weiterzuentwickeln.

6. LITERATUR

Aden, H. (2012). *Umweltpolitik. Elemente der Politik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Baur, N., & Blasius, J. (2014). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0>.

Beck, S., Heinrichs, H. & Horn, D. (2012). *Kommunale Nachhaltigkeitssteuerung. Umsetzungsstand bei großen Städten und Landkreisen*. Institut für den öffentlichen Sektor e.V. Verfügbar unter: https://publicgovernance.de/media/Studie_Kommunale_Nachhaltigkeitssteuerung.pdf. Abgerufen am 09.09.2024.

Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, ICLEI European Secretariat, Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion (2022). *SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen*. 3., teilweise überarbeitete Auflage, Gütersloh.

Blätte, A.; Dinnbier, L. & Schmitz-Vadar, M. (2022). *Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik*. Schriften zur Demokratie, Heinrich-Böll-Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/vielfaeltige-repraesentation-unter-druck>. Abgerufen am 06.11.2024.

Böcker, M.; Brüggermann, H.; Christ, M.; Knak, A.; Lage, J. & Sommer, B. (2020). *Wie wird weniger genug. Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung*. Oekom.

Bongers-Römer, S.; Hagelstange, J.; Reif-Dietzel, O. & Wittkötter, F. (2018). *Welche Unterstützung brauchen Kommunen für erfolgreichen Klimaschutz?* Verfügbar unter: https://difu.de/sites/difu.de/files/archiv/projekte/2019_klimaschutzumfrage2017_auswertungsbericht.pdf. Abgerufen am 19.11.2024.

Böcher, M. & Töller, A. E. (2012). *Umweltpolitik in Deutschland. Grundwissen Politik: Val. 50*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19465-3>.

Bundesamt für Naturschutz (2022). *Förderung für kommunale Biodiversitätsstrategien*. Verfügbar unter: <https://www.bfn.de/aktuelles/foerderung-fuer-kommunale-biodiversitaetsstrategien>. Abgerufen am 06.11.2024.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (2024). *Die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel*. Verfügbar unter: <https://www.bmuv.de/themen/klimaanpassung/die-deutsche-anpassungsstrategie-an-den-klimawandel>. Abgerufen am 06.11.2024.

Bundesregierung (2021). *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie: Weiterentwicklung 2021*. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1873516/9d73d857a3f7f0f8df5ac1b4c349fa07/2021-03-10-dns-2021-finale-langfassung-barrierefrei-data.pdf?download=1>. Abgerufen am 12.11.2024.

- DESA Department of Economic and Social Affairs (2023). The Sustainable Development Goals Report: Special Edition. United Nations, Department of Economic and Social Affairs.
- Deutscher Städtetag (2024). Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages. Verfügbar unter: <https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2024/demokratie-und-menschenwuerde-trierer-erklaerung-des-deutschen-staedtetages>. Abgerufen am 19.11.2024.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2023). Praxisleitfaden: Klimaschutz in Kommunen. Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (ifeu) & Klima-Bündnis – Climate Alliance – Alianza del Clima e.V., Frankfurt am Main. 4., aktualisierte Auflage. Verfügbar unter: https://leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de/wp-content/uploads/2023/03/Praxisleitfaden_2023_gesamt-1.pdf. Abgerufen am 16.11.2024.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2024). OB-Barometer. Verfügbar unter: <https://difu.de/ob-barometer>. Abgerufen am 16.11.2024.
- European Union (2024). Document 32024R1679: Regulation (EU) 2024/1679 of the European Parliament and of the Council of 13 June 2024 on Union guidelines for the development of the trans-European transport network, amending Regulations (EU) 2021/1153 and (EU) No 913/2010 and repealing Regulation (EU) No 1315/2013 (Text with EEA relevance). Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/eli/reg/2024/1679>. Abgerufen am 24.11.2024.
- Freier, R.; Geissler, R. & Gnädinger, M. (2023). Kommunaler Finanzreport 2023: Finanzen als Voraussetzung und Hebel integrierter Nachhaltigkeitssteuerung. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. Verfügbar unter: <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/kommunaler-finanzreport-2023-1>. Abgerufen am 29.09.2024.
- Garcia-Sanchez, I. M. & Prado-Lorenzo, J. M. (2008). Determinant factors in the degree of implementation of Local Agenda 21 in the European Union. *Sustainable Development*, 16(1), 17–34.
- Grunewald, K. & Bastian, O. (2019). Ökosystemdienstleistungen. In: ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.). *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. ARL Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 1677–1683.
- Hagelstange, J.; Rösler, C. & Runge, K. (2021). Kommunaler Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimawandel in Kommunen. Maßnahmen, Erfolge, Hemmnisse und Entwicklungen - Ergebnisse der Umfrage 2020. Deutsches Institut für Urbanistik. Verfügbar unter: <https://backend.repository.difu.de/server/api/core/bitstreams/da4f180f-eb1b-40ca-a497-0869d1a75c90/content>. Abgerufen am 06.11.2024.
- Hartmann, E.; Wilkens, M. & Heinrichs, H. (2024). Betriebliches Nachhaltigkeitsbarometer Niedersachsen 2024. Verfügbar unter: <https://www.leuphana.de/institute/insugo/nachhaltigkeitspolitik/publikationen/schriftenreihe-nachhaltigkeit-politik-gesellschaft.html>. Abgerufen am 19.11.2024.
- Haubner, O.; Riedel, H. & Vollmer, P. (2018). Monitor Nachhaltige Kommune. Bertelsmann Stiftung. Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/MNK_Bericht_2018.pdf. Abgerufen am 24.10.2024.

- Heinrichs, H. & Schuster, F. (2016). Still some way to go: Institutionalization of sustainability in German local governments. *Local Environment*, 22(5), S. 536–552. <https://doi.org/10.1080/13549839.2016.1233951>.
- Heinrichs, H.; Redenius, P. & Walbrodt (2024). *Orte zum Wohlfühlen: Ein Reiseführer zur kreativen Gestaltung zukunftsfähiger Städte und Gemeinden*. Oekom. ISBN: 978-3-98726-125-1.
- Hoorweg, D.; Hosseini, M.; Kennedy, C. & Behdadi, A. (2016). An urban approach to planetary boundaries. *Ambio*, 45, 567–580.
- Iten, T.; Seidl, I. & Pütz, M. (2024). Sufficiency policy: a definition, conceptual framework, and application to municipalities. *Sustainability Science*, 19(5), 1709–1734.
- Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder | Alianza del Clima e.V. (2024). *Das Netzwerk: Kommunen - Stärke in Zahlen*. Verfügbar unter: <https://www.klimabuendnis.org/kommunen/das-netzwerk.html>. Abgerufen am 16.11.2024.
- Krellenberg, K.; Koch, F.; Schubert, S. & Libbe, J. (2019). Einmal Transformation für alle, bitte! Kommunen, Stadtforschung, Forschungsförderung und die Umsetzung der SDGs. *Gaia*, 28(4), S. 337–341. <https://doi.org/10.14512/GAIA.28.4.4>.
- Kuhn, S.; Burger, A. & Ulrich, P. (2018). Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen: Leitfäden. Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/MNK_Leitfaeden.pdf. Abgerufen am 10.11.2024.
- Land Niedersachsen (2024). Städte und Gemeinden. Verfügbar unter: https://www.niedersachsen.de/politik_staet/staete_gemeinden/staete-und-gemeinden-19748.html. 30.11.2024.
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (2022). Nachhaltigkeitsbericht NRW-Kommunal. Verfügbar unter: <https://www.lag21.de/aktuelles/details/nrwkommunal-2022/>. Abgerufen am 19.11.2024.
- Link, G.; Krüger, C.; Rösler, C.; Bunzel, A.; Nagel, A. & Sommer, B. (2018). Initiierung, Integration und Begleitung der kommunalen Klimaschutzaktivitäten. I: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.). *Klimaschutz in Kommunen: Praxisleitfaden*. 3. Aufl., 12–35.
- Niedersächsisches Finanzministerium (2024). Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage des Landes Niedersachsen und der niedersächsischen Kommunen: Finanzstatus 2024. Verfügbar unter: https://www.mf.niedersachsen.de/startseite/themen/haushalt/finanzlage_des_landes_und_der_niedersaechsischen_kommunen/entwicklung-der-finanz-und-haushaltslage-des-landes-nds-und-der-niedersaechsischen-kommunen-1500.html. Abgerufen am 19.11.2024.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport. (2022). Übersicht über die kommunalen Körperschaften Niedersachsens: Landkreise, kreisfreie Städte, große selbständige Städte, selbständige Gemeinden in Niedersachsen (Stand: 01.01.2022). Verfügbar unter: https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/themen/kommunen/ubersicht_der_kommunalen_koerperschaften_niedersachsens/uebersicht-ueber-die-kommunalen-koerperschaften-niedersachsens-62512.html. Abgerufen am 06.11.2024.

- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz. (2024). Nachhaltigkeit. Verfügbar unter: <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/nachhaltigkeit/nachhaltigkeit-199391.html>. Abgerufen am 03.11.2024.
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (2018). Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen 2018. Verfügbar unter: <https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie/nachhaltigkeitsstrategie-111080.html>. Abgerufen am 19.11.2024.
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz. (2021). Niedersächsische Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels 2021. Verfügbar unter: <https://niko-klima.de/wp-content/uploads/2023/02/ministerium-umwelt-anpassungsstrategie-2022-02-22.pdf>. Abgerufen am 16.11.2024.
- Oechler, H. (2023). Eltviller Erklärung: 310 Kommunen erheben ihre Stimme. Eltville am Rhein. Verfügbar unter: <https://www.eltville.de/buergerservice-rathaus/aktuelles/pressemitteilungen/jahr-2023/q2-2023/eltviller-erklaerung-310-kommunen-erheben-ihre-stimme/>. Abgerufen am 19.11.2024.
- Oelsner, G. (2022). Nachhaltigkeitstreiber: Lokale Agenda 21, Kommunen und Zivilgesellschaft als Pioniere des Wandels. oekom. ISBN 978-3-96238-323-7.
- Peters, O.; Scheller, H. & Ruddek, A. (2023). Der Stand der Umsetzung der Agenda 2030 in den deutschen Kommunen: Handlungsempfehlungen und Halbzeitbilanz. Verfügbar unter: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/halbzeitbilanz-zur-umsetzung-der-agenda-2030-in-deutschen-kommunen-1>. Abgerufen am 01.11.2024.
- Plawitzki, J.; Kirst, E.; Heinrichs, H.; Tröster, K.; Pflaum, S. A. & Hübner, S. (2015). Kommunale Verwaltung nachhaltig gestalten: Ein Ansatz zur Entwicklung einer kommunalen Nachhaltigkeitssteuerung. Verfügbar unter: https://pubdata.leuphana.de/bitstream/20.500.14123/147/4/handbuch_kommunale_verwaltung_nachhaltig_gestalten.pdf. Abgerufen am 16.11.2024.
- Raffer, C.; Scheller, H. & Peters, O. (2022). The UN Sustainable Development Goals as innovation drivers for local sustainability governance? Examples from Germany. *Public Sector Economics*, 46(4), 459–487.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (2024). Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune – Handreichung (Version 2.0). Verfügbar unter: https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2024/10/20241014_BNK-Handreichung.pdf. Abgerufen am 19.11.2024.
- Rautenstrauch, U. & Riedel, H. (2020). SDG-orientierte Stadtentwicklung. Bertelsmann Stiftung. Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/AK_SDG-Stadtentwicklung_1_2020_final.pdf. Abgerufen am 12.11.2024.
- Redenius, P. & Heinrichs, H. (2024). Kommunen als Adressat und Träger der Nachhaltigkeit. In: *Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement. Ein integrativer Ansatz mit Fokus Wirtschaft am Beispiel der Stadt Hannover*. Springer, 41–62.

- Redenius, P.; Gromball, L. E. & Heinrichs, H. (2023). Nachhaltigkeitsprüfungen in Kommunen. In: Schriftenreihe Nachhaltigkeit, Gesellschaft und Politik (ISSN: 2942-6669) (Bd. 4). <https://doi.org/10.48548/pubdata-126>.
- Reuter, Klaus & Hilgers, S. (2023). Verwaltung integriert und nachhaltig denken. In: Innovative Verwaltung: Das Fachmedium für erfolgreiches Verwaltungsmanagement, 44(11), 28–31.
- Richardson, K.; Steffen, W.; Lucht, W.; Bendtsen, J.; Cornell, S. E.; Donges, J. F. & Rockström, J. (2023). Earth beyond six of nine planetary boundaries. *Science advances*, 9(37).
- Roose, J. (2018). Ergebnisse einer Befragung kommunaler Verwaltungschefinnen & -chefs. *Monitor Nachhaltige Kommune: Schwerpunktthema Armut*, 54–87. Verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/MNK_Bericht_2018.pdf Abgerufen am 24.10.2024.
- Schmitt, C.; Leuser, L. & Brischke, L. (2015). Suffizienzmaßnahmen und -politiken in kommunalen Klimaschutzkonzepten und Masterplänen – ein Überblick. Ifeu.
- Sieck, L. (2024). Wo steht Deutschland im kommunalen Klimaschutz? Verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/41_2024_cc_auswertung_kommunalbefragung.pdf. Abgerufen am 12.11.2024.
- Spengler, L. (2018). *Sufficiency as Policy. Necessity, Possibilities and Limitations*. Nomos Verlagsgesellschaft.
- UNEP United Nations Environment Programme (2023). *Emissions Gap Report 2023: Broken Record – Temperatures hit new highs, yet world fails to cut emissions (again)*. United Nations Environment Programme. <https://doi.org/10.59117/20.500.11822/43922>.
- Vereinte Nationen (2015). *Agenda 2030 – Resolution der Generalversammlung verabschiedet am 25. September 2015*. 2020, 1–38. Verfügbar unter: <https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>. 12.11.2024.
- Wissel, S. & Herbst, T. (2013). Städte und Gemeinden im Wandel: Welchen Platz hat die biologische Vielfalt? **Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V., BfN Bundesamt für Naturschutz und DUH Deutsche Umwelthilfe e.V.** Verfügbar unter: <https://kommbio.de/wp-content/uploads/2022/10/broschuerebiodiversitaetsstrategien.pdf>. Abgerufen am 19.11.2024.

IMPRESSUM

Kommunales Nachhaltigkeitsbarometer Niedersachsen 2024

Eine Erhebung zum Stand von Nachhaltigkeit in niedersächsischen Kommunen

DOI 10.48548/pubdata-1546

Schriftenreihe Nachhaltigkeit, Politik, Gesellschaft, Reihenbeitrag Nr. 8

ISSN 2942-6669

Veröffentlicht am 13.12.2024

Dieser Bericht entstand im Kontext des Projektes „Nachhaltigkeitsstrategie Niedersachsen (2022-2025) mit den Teilbereichen „Kommunale Nachhaltigkeit“ sowie „Dekarbonisierung der niedersächsischen Wirtschaft“ an der Leuphana Universität Lüneburg. Weitere Informationen zum Projekt sowie Kurzgutachten finden Sie im Forschungsindex FOX.

Juno Hensel, Marie Wilkens und Luca Gromball haben als studentische Mitarbeitende wertvolle Beiträge zum Publikationsprojekt geleistet. Wir danken ihnen sowie Eric Hartmann und dem KommNN-Team herzlich für die Unterstützung während der Erstellung der Publikation.



Kontakt:

Pia Redenius

Fon +49. 4131.677-1583

Mail pia.redenius@leuphana.de

Prof. Dr. Harald Heinrichs

Fon +49.4131677-2931

Mail harald.heinrichs@leuphana.de

© 2024. Dieser Bericht ist unter der Creative Commons-Lizenz CC BY 4.0 lizenziert. Für die ausformulierten Lizenzbedingungen besuchen Sie bitte die URL <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Bilder: Jannis Muser/ Leuphana Universität Lüneburg

Institut für Nachhaltigkeitssteuerung (INSUGO)

Leuphana Universität Lüneburg

Universitätsallee 1

21335 Lüneburg